



Der Euro

Identität und Krise der Europäischen Union

Gerhardt Stapelfeldt

Zitation: Gerhardt Stapelfeldt (2011): *Der Euro – Identität und Krise der Europäischen Union*, in: *Kritiknetz – Zeitschrift für kritische Theorie der Gesellschaft*

© 20121 bei www.kritiknetz.de, Hrsg. Heinz Gess, ISSN 1866-4105

I. Einleitung

Dem Text liegt Material zu einem Vortrag zugrunde, der am 27. Mai 2011 im ‚Aachen Fenster‘ auf Einladung des ‚Aachener Friedenspreis e.V.‘ und des ‚Aachener Antikriegsbündnis‘ aus Anlaß der Verleihung des Karlspreises an den Präsidenten der EZB, Jean-Claude Trichet gehalten wurde. Er schließt an frühere Darstellungen an: *Die Europäische Union. Integration und Desintegration*. Hamburg 1998; *Neoliberalismus – Autoritarismus – Strukturelle Gewalt*. Hamburg 2010, 271 – 344. Der Aufsatz ist nach dem Vortrag aktualisiert worden.

II. Geld, bewusstlose gesellschaftliche Identität und Krise

Nachdem die Stadt Aachen bereits im Jahre 2002, dem Tanz ums Goldene Kalb gleich, den Euro durch die Verleihung des Karlspreises gewürdigt hatte, wird am 2. Juni der Hohepriester des monetären Fetischs, der scheidende Präsident der Europäischen Zentralbank, geehrt: *Jean-Claude Trichet*. Diese Würdigung ist, gerade in Zeiten einer gravierenden Krise des Euro, bemerkenswert und diskussionswürdig: von aufklärerischer Potenz.

Die Ehrung des EZB-Präsidenten ist unmittelbar nicht selbstverständlich. Der Karlspreis wird aus einem *politischen* Grund verliehen: weil sich eine Person um die Einigung Europas verdient gemacht hat. Ein Zentralbank-Präsident gilt aber als *unpolitischer* Beamter; darum wird der Präsident der Deutschen Bundesbank vom Bundespräsidenten ernannt. Eine Währung gilt ebenso, nach den Volkswirtschafts-Lehrbüchern, als *unpolitisch*: als „Zahlungsmittel, Rechnungseinheit und Wertaufbewahrungsmittel“ (Vertrag zur deutsch-deutschen Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion vom 18.5.1990, Art. 10). Wird also der EZB-Präsident mit dem Karls-

preis geehrt, so wird die EZB, so wird der Euro politisch bewertet: als Institution der europäischen Integration, der Identität der Europäischen Union. So hat es die Bundeskanzlerin auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos im Januar 2011 ausgedrückt und später im Deutschen Bundestag, während der Debatte um Finanzhilfen für Portugal, sowie in mehreren Interviews ähnlich wiederholt: „Es gibt keine Euro-Krise, sondern eine Schuldenkrise. Der Euro ist unsere Währung, er ist mehr als eine Währung, er ist das Europa von heute. Scheitert der Euro, scheitert Europa.“ Nach dieser Aussage ist die gegenwärtige Krise in der Europäischen Union eine Schuldenkrise einzelner Mitgliedstaaten, aber keine allgemeine Währungskrise; nach dieser Aussage haben die verschuldeten Staaten ihre Verschuldung selbst verursacht und daher vor allem selbst zu bewältigen. Das System des Euro aber befindet sich, nach Auffassung der Bundeskanzlerin, nicht in einer Krise. Der Euro ist, darüber hinaus, die Institution der europäischen Identität. Beide Seiten der Aussage Merkels sind kommentierungsbedürftig: die Individualisierung der Euro-Krise; der Zusammenhang von Euro und europäischer Identität.

Der Bundeskanzlerin ist, in Rücksicht auf die Euro-Identität der Europäischen Union, zuzustimmen: *Geld ist keine Sache, sondern die Vergegenständlichung eines gesellschaftlichen Verhältnisses; im Geld ist eine kollektive Identität institutionalisiert.* Vor etwa 500 Jahren noch erschien das Geld als eine Sache: bei Thomas Hobbes (1651, 213), der lehrte: das Geld ist „Silber und Gold“, und diese Edelmetalle besitzen „ihren Wert aus dem Material selbst“ – einen Wert, der konstant und allgemein ist, so daß Silber und Gold das „allgemeine Maß“ für alle Waren an „allen Orten“ ist. Seitdem aber, und zuvor, gilt sehr Verschiedenes als Geld, in Abhängigkeit vom herrschenden gesellschaftlichen Verhältnis. Bei Aristoteles (384-322) ist die

Bestimmung, das Geld sei „kraft Übereinkunft ... gleichsam Stellvertreter des Bedürfnisses“, Ausdruck einer *Gebrauchswert-Ökonomie*, die unter der Herrschaft der „dem Göttlichen ähnlichen Seele“ steht (Nik. Ethik, Buch V/Kap. 8; Politik, Buch I/Kap.9; Platon: Phaidon, 79e-80b). Die zitierte Bestimmung des Geldes bei Hobbes entspricht dem *Handelskapitalismus* des 17. und 18. Jahrhunderts, der im internationalen ungleichen Tausch, gemessen durch eine unausgeglichene Handelsbilanz, seine zentrale Institution besaß. Adam Smiths Lehre, das Geld sei nicht der Gegensatz zur Welt der Waren, sondern selbst eine Ware, so daß der Wert von Waren und Geld in keiner bestimmten Sache bestehe, sondern in der allgemeinen Arbeit, die „keine handgreifliche Angelegenheit“ sei, sondern ein „abstrakter Begriff“, drückt die Identität der klassischen *liberal-kapitalistischen Politik-Ökonomie* aus. Die später praktizierte Fixierung des Geld-Wertes durch einen Staatsschatz aus Edelmetallen und Wertpapieren, vor allem aber die in den USA unter dem New-Deal-System (1933-1945) – und bereits zuvor – administrativ fixierte Parität des US-Dollar gegenüber dem Gold, die dann den Kern des Weltwährungssystems von Bretton Woods (1944-1973) bildete, impliziert die Identität des *staatsinterventionistischen Kapitalismus* (vgl. Keynes 1936, 186-188, 192-198). Die auf den Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems folgende Weltwährungs-Ordnung, in der der Wert der Währungen auf den de-regulierten Devisenmärkten bestimmt wird, so daß sich ein System flexibler Wechselkurse mit analog organisierten Wettbewerbs-Märkten konstituiert, entspricht dem volkswirtschaftlichen Dogma, nach dem Preise und Werte Ausdruck von Knappheitsrelationen – also der Wünsche der Konsumenten – sind: das ist der Kern des *neoliberalen und monetaristisch organisierten, zur Globalisierung verallgemeinerten Kapitalismus* (vgl. Friedman 1962, 79-97). Der Euro, zwischen 1990 und 2002 als Steue-

rungsmedium des 1993 verwirklichten Gemeinsamen Marktes installiert, ist eine monetaristisch definierte Währung im Kontext des globalen neoliberalen Kapitalismus: darin besteht die Identität des Europa der EU.

So bildet die jeweilige Bestimmung des Geldes die Identität einer entsprechenden ökonomischen und gesellschaftlichen Struktur: das Geld ist die Erscheinungsform des *Allgemeinen*. Dieses Allgemeine ist ein *Kollektiv-Unbewußtes*: darauf verweist Smiths Metapher von der *invisible hand* ebenso wie die *antirationalistische* Überzeugung des Neoliberalismus und des Ordo-Liberalismus, Wirtschaft und Gesellschaft seien so hochkomplexe Gebilde, daß kein Mensch sie begreifen, daß kein Mensch sie vernünftig einrichten oder rational steuern könnte (vgl. Eucken 1952, 10-19; Hayek 1980, passim). So gilt den Ordo- und vor allem den Neoliberalen und Monetaristen das Geld als ein universeller „Knappheitsmesser“ und als eine überindividuell-rationale „Rechenmaschine“, die leistet, was kein Einzelner mehr zu leisten vermag: die Steuerung des Ganzen (vgl. Eucken 1952, 15f.). Das Geld substituiert eine Lenkung, die Robinson Crusoe in seiner „Eigenwirtschaft“ oder einem „Ältesten“ in der familiären Subsistenzökonomie einer imaginären Vorzeit mit technisch-rationalem Bewußtsein, planend, vorzunehmen hatte (ebd. 10-12). Es erscheint als ein überindividuelles, technisch rational handelndes, der Rationalität der Menschen gleichwohl entzogenes Subjekt. Hayek zitiert einmal (1974, 390) zustimmend „spanische Scholastiker des sechzehnten Jahrhunderts“: der „mathematische Preis“ hänge „von so vielen Faktoren“ ab, daß er „nur Gott bekannt sein könne.“ So können die Neoliberalen die Rationalität des Ganzen der bürgerlichen Politik-Ökonomie nur Glauben machen und propagandistisch verbreiten – beweisbar ist die Rationalität ausdrücklich nicht (vgl. Hayek 1968).

Offenbar ist in der gegenwärtigen, spätestens 2007 einsetzenden *Weltfinanz- und Weltwirtschaftskrise* diese Steuerung, gemessen an den System-Imperativen, disfunktional und damit unmittelbar die europäische Identität brüchig geworden. In der Krise muß die Identität klar hervortreten. Denn eine Krise ist nichts anderes als „die gewaltsame Herstellung der Einheit zwischen verselbständigten und die gewaltsame Verselbständigung von Momenten, die wesentlich eins sind.“ (Marx: MEW 26.2, 514) Das spezifische Geld, in dem die kollektive Identität gegenständlich ist, erscheint in der Krise als eine gewaltsame, den Menschen entfremdete Macht, weil das Geld a priori ein Kollektiv-Unbewußtes ist. Geld-Theorien, die dieses Unbewußte klassisch-liberal als „List der Vernunft“ (Hegel Bd. 12, 49) oder neoliberal-monetaristisch als ökonomisch-gesellschaftlichen „Antirationalismus“ (Hayek 1960, 87) ausdrücken, besitzen daher auch *kein Bewußtsein einer Systemkrise*. Hayek hat in seiner Nobel-Lesung vom 11. Dezember 1974, vor dem Hintergrund des Zusammenbruchs des Bretton-Woods-Systems und der sich anbahnenden Weltwirtschaftskrise von 1975/81, gegen den untergehenden Keynesianismus ausdrücklich festgestellt: Die „Überlegenheit der marktwirtschaftlichen Ordnung“ gegenüber dem Staatsinterventionismus bestehe darin, daß durch die Ordnung der neuen Freiheit „mehr an Wissen genutzt wird, als irgendein einzelner Mensch besitzen kann“ – aber darin bestehe auch die Unfähigkeit, „Abweichungen“ vom wirtschaftlichen Gleichgewicht „messen“, also Krisen exakt erkennen zu können (Hayek 1974, 389). So erscheint die *Krise*: entweder als ein unerkennbares *mythologisches Schicksal*, als eine Schicksals-Macht; oder sie wird *externen Ordnungen* – dem alten Staatsinterventionismus und monopolistisch organisierten Gewerkschaften – zugeordnet (vgl. Müller-Armack 1946, 22f.); oder sie wird individualisierend aus Defiziten des *sozialatomistischen homo oeconomicus* erklärt.

Lars Vogel, Geschäftsführer der Ludwig-Erhard-Stiftung, hat in seinem kleinen Vorwort zur Neuauflage von Erhards Wohlstand für alle, im Jahre 2009 – inmitten der gegenwärtigen Krise – erklärt: „Es wäre sinnvoller, jedem Einzelnen die eigene Verantwortung vor Augen zu führen und abzufordern, als eine abstrakte Systemkrise auszurufen.“ (a.a.O. 10)

Als Erscheinung des kollektiven Unbewußten in der Krise wirkt das Geld disziplinierend: als Zwang zur Anpassung, zum „Konformismus“. Der „Zwang“, zuvor meist geräuschlos durch Introjektion eher sozialpsychologisch wirksam, wird in der Krise äußerlich und physisch manifest (vgl. Hayek 1960, 28, 78f.). Indem in der Krise die Identität aber brüchig und schwankend wird, scheint sie sich freilich auch der *aufklärenden Frage* zu exponieren – aber nur dann, wenn die Identität auch transzendierende Potentiale enthält, die der neoliberale „Antirationalismus“ freilich negiert (vgl. ebd. 21-25). Die Krise vermag eine Kritik zu produzieren – oder eine zwanghaften Konformismus und Autoritarismus.

Die *gegenwärtige Krisis* der kapitalistischen Weltökonomie begann, auf der phänomenalen Ebene, als Krisis des *Weltfinanzsystems*, die eine *Krisis der Weltwirtschaft* auslöste. Indem die Staaten das Finanz- und Wirtschaftssystem zu stabilisieren suchten, wurde die Krisis der Geschäftsbanken in eine *Krisis der Staatsfinanzen* transformiert. Die staatliche ‚Rettung‘ erst der Geschäftsbanken, dann der Nationalökonomien wurde mit einem historisch nie dagewesenen Finanzaufwand von jeweils hunderten Milliarden Dollar oder Euro geleistet, der die Nationalstaaten offenbar überfordert hat. Die Krisis der Staatsfinanzen vertiefte sich weiter dadurch, daß die Wirtschaftskrisis die Steuereinnahmen der Staaten deutlich reduzierte, die Staatsausgaben im Sozialbereich (Sozialhilfe, Lohnsubventionierungen) aber drastisch erhöhte. Beginn

diese Krisis, als Krisis der kapitalistischen Weltökonomie, im *logischen und geographischen Zentrum* dieser Weltökonomie: in der Vereinigten Staaten von Amerika und alsbald im Europa der Europäischen Union, so hat sich diese Krisis in diesen Zentren nach der beschriebenen Stufenfolge entwickelt zu einer *Krisis der Staatsfinanzen der USA und der EU-Mitgliedstaaten* mit der Folge einer *Krisis der entsprechenden Währungen*. Nach neoliberaler Logik läßt sich diese Krisis nur durch Reduktion des ‚Überkonsums‘ beheben: durch Reduktion sozialstaatlicher Leistungen, durch Senkung von Löhnen und Gehältern nach dem Maß einer relativen Arbeitsproduktivität. Der Krisenverlauf droht, zu einer unendlichen Spirale zu geraten. Sind die Staaten, in der neoliberalen Wettbewerbsordnung, auf dem Finanzmarkt bei Geschäftsbanken, Versicherungen und Fonds verschuldet, so kann sich die *Krisenentwicklung umkehren* und in eine neue globale Finanz-, Wirtschafts- und Währungskrise umschlagen, die sich dann jeder administrativen Gegensteuerung entzöge. Anzeichen für eine solche Entwicklung mehrten sich seit August 2011 in Form des Verfalls von Aktienindizes an den großen Börsen.

Die *USA*, ohnehin während der Präsidentschaft G. W. Bushs durch die Kriegspolitik hoch verschuldet, befanden sich im Juli 2011 am Rande der Zahlungsunfähigkeit (siehe: HA, 14.7.11, S. 1 und 23; 15.7.11, S. 1 und 19). Die während der seit 2007/08 andauernden Krisis vom Präsidenten B. Obama betriebene Politik einer teilweise Verstaatlichung von Geschäftsbanken und Versicherungen sowie der Stabilisierung der Nationalökonomie durch Konjunkturprogramme hat die gegenwärtige Schuld der USA über die vom Kongress festgesetzte Schuldengrenze von 14,289 Billionen Dollar (98,3% des US-BIP) getrieben, so daß das Land – sollte es keine Gegenmaßnahmen geben – am 2. August 2011 zahlungsunfähig zu werden drohte. Der in letzter Sekunde erreichte, nun durch

den US-Kongreß auch angenommene Kompromiß zwischen den Demokraten und den Republikanern hat diese Zahlungsunfähigkeit der USA zumindest verschoben.

In der *Europäischen Union* ist die Lage nicht besser, aufgrund der fortbestehenden Nationalstaaten nur differenzierter. Die Mitgliedstaaten sind, nach ihrer unterschiedlichen ökonomischen Potenz, von dieser Krisenkonstellation – Finanzkrise, Wirtschaftskrise, Krise der Staatsfinanzen – unterschiedlich betroffen, so daß die europäische Integration aufbrechen muß: einige Staaten der Euro-Gruppe – wie Griechenland, Irland, Portugal und Spanien, neuerdings (Juni/Juli 2011) auch Italien – sind von der Krisis der Staatsfinanzen deutlich stärker betroffen als andere und am Rande der Zahlungsunfähigkeit, so daß die Gemeinschaftswährung insgesamt erheblich erschüttert ist und ins Wanken zu geraten droht. Deshalb müssen die reicheren Staaten, nach ihrer Stützung der Geschäftsbanken und der Wirtschaft, nun auch die Stützung dieser anderen Mitgliedstaaten im Interesse der Stabilisierung des Euro übernehmen – und verbinden damit Auflagen zur ökonomischen Struktur-Anpassung, die auf den teilweise massiven Widerstand der betroffenen Bevölkerungen treffen müssen. Innerhalb der EU manifestieren sich somit zuvor eher unterschwellige *Herrschaftsverhältnisse*: zwischen den Nationalstaaten und innerhalb dieser Nationalstaaten. Durch die staatliche Übernahme der Krisis und deren Transformation in eine Krise der Staatsfinanzen, die wiederum eine Lösung verlangt, wird die Krisis scheinbar politisiert und produziert somit – nach demokratischer und republikanischer Tradition – eine *Legitimationsskrisis*, die systemkonform nur *autoritär* lösbar ist: das brüchig Gewordene kann nur äußerlich-gewaltsam integriert werden. Da, nach Hayek, der Neoliberalismus über kein Bewußtsein einer Systemkrisis verfügen kann, weil ihm das Ganze als das Irrationale

gilt, kann die neoliberale Antwort auf die Krise nur lauten: Anpassung an den logos des schicksalhaften Wettbewerbs – Konformismus, Autoritarismus.

Durch die Krise des Finanzsektors, der Wirtschaft und der Staatsfinanzen gehen *Risse auch auf anderen Gebieten* durch das EU-Europa: Im UN-Sicherheitsrat stimmten England und Frankreich über die Libyen-Krisis anders ab als Deutschland – trotz der harmonisierten EU-Außenpolitik. Innerhalb der EU wird, besonders auf Druck ‚rechtspopulistischer‘, also xenophobisch und rassistisch ausgerichteter Politiker und Parteien (Italien, Frankreich, Dänemark, Schweden, Niederlande, Deutschland: Sarrazin-Debatte!), angesichts von etwa 30.000 Flüchtlingen aus den Krisenstaaten Nordafrikas die Wiederaufrichtung der Binnengrenzen anvisiert oder – wie im Falle Dänemarks (bis Oktober 2011) – durchgeführt. Wurden zunächst die Aufstände in Tunesien und Ägypten als Aufbruch zur Freiheit gefeiert und in den deutschen Medien mit den Aufständen in der DDR von 1989 verglichen, so wird nun den Flüchtigen angesichts der fortdauernden ökonomischen Misere und politischen Gewalt mitgeteilt, sie sollten die Chance zum Wiederaufbau in ihren Ländern nutzen – „wir“ könnten nicht die ganze Welt retten, wie der damalige Innenminister de Maizière formulierte. *Nationalismus und Xenophobie* bestimmen mehr als vor der Krisis das Binnen- und Außenverhältnis der EU. Auch in dieser Rücksicht bricht die Identität der EU auf.

Insgesamt erscheinen in der Krisis mithin Herrschafts- und Gewaltverhältnisse, die zuvor durch die herrschende Ideologie, verbreitet durch Politik und Medien, verschleiert worden waren. Freilich handelte es sich um keine kollektive Lüge und eine diese verbreitende Propaganda (vgl. Hayek 1960, 1-9; Friedman 1962, 30-45): dagegen spricht die Bewußtlosigkeit der neoliberal-

kapitalistischen Ökonomie. Die Entschleierung impliziert aber nicht notwendig eine Enttäuschung: das gelänge nur, wenn im Kritisierten aufklärende Potentiale enthalten wären, die das Sein als Schein zu Bewußtsein bringen könnten. Sonst resultierte nur: Autoritarismus, Anpassung – subjektivistisch: Masochismus mit sadistischem Potential.

Das *Bedrohliche der gegenwärtigen Krisis* besteht *ökonomisch* im fehlenden Bewußtsein der Systemkrise, *politisch* im Mangel an steuernden Institutionen und vor allem im unvermeidlichen Autoritarismus, *gesellschaftlich* in der systematischen Hoffnungslosigkeit sowie im sozialen Atomismus der neoliberalen Politik-Ökonomie.

Die Frage wird also durch die Krise formuliert: Worin besteht die kollektive, im Euro institutionalisierte europäische Identität? Welcher Ordnung der Wirtschafts-Gesellschaft ist die Europäische Zentralbank verpflichtet? Enthält diese Ordnung Möglichkeiten eines Krisenbewußtseins und einer nicht-autoritären Krisenbewältigung?

Diese Fragen sind zu explizieren: durch Darstellung der Genese und der vertraglich fixierten Imperative der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion als Basis der Integration, der Identität des EU-Europa (II); durch eine Skizze des logos dieser Identität: der Dogmen von Neoliberalismus (Wettbewerbs-Markt) und Monetarismus (Gemeinschaftswährung) (III); durch eine Skizze der gegenwärtigen Finanz-, Wirtschafts- und Währungskrise sowie der eingeschlagenen Krisenpolitik, in der sich der repressive Gehalt der europäischen Integration und Identität manifestiert (IV).

II. Die Identitäten Europas von der EGKS und EWG bis zur EU: Krisen und Integration

Die Integration Europas, die Ausbildung und Institutionalisierung einer *kollektiven Identität*, zunächst nur Westeuropas in der Epoche des Kalten Krieges, war die Reaktion auf *drei Krisen*: den Nationalsozialismus und den Zweiten Weltkrieg; die Weltwirtschaftskrise um 1975; die Zusammenbruchskrise des Staatssozialismus um 1990. Die Integration erfolgte auf dem Gebiet der *Ökonomie* und betraf, näher, die Bereiche der *Markt- und der Währungs-Ordnung*. So wurde die europäische Identität ökonomisch konstituiert und entwickelt. Ob die 2007/08 einsetzende Krise des neoliberalen Kapitalismus, nunmehr vor allem als Finanzkrise von Euro-Staaten erscheinend, eine *vierte Krise* ist, die eine weitere Entwicklung der *EU-Identität* produziert, ist nicht absehbar. Zu vermuten ist entweder, und kurzfristig, eine eher repressive Befestigung der Identität durch einen äußerlich erzwungenen Konformismus gegen bestimmte soziale Klassen und gegen bestimmte Staaten, so daß die Krise in eine dauerhafte Zirkelbewegung übergeht und die politisch-ökonomische, neoliberale Identität erodiert. Oder: die Euro-Einheit Europas zerbricht.

Zwischen 1945 und 1970 war die europäische *Integration*, die 1951/52 zur Gründung der EGKS (*Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl*) und 1957/58 zur Gründung von EWG (*Europäische Wirtschaftsgemeinschaft*) und EAG (*Europäische Atomgemeinschaft*) führte, die Antwort auf den vom nationalsozialistischen Deutschland entfachten *Zweiten Weltkrieg*. Darin besaßen EGKS, EWG und EAG ihre *Identität*. Vor allem in der Präambel des EGKS-Vertrags ist diese Identität und Intention ausgesprochen: Die sechs vertragsschließenden Parteien bekräftigen darin, durch „einen Zusammenschluß ihrer wesentlichen Interessen, durch die Errichtung einer

wirtschaftlichen Gemeinschaft“, ihre „jahrhundertalten Rivalitäten“ überwinden und die „Werke des Friedens“ in der Welt befördern zu wollen.

Diese Strategie war freilich mit drei wesentlichen Problemen behaftet. Zum einen war die alte *liberale Utopie des „ewigen Friedens“* (Kant) längst substanzlos geworden. Das hatte schon 1910 Rudolf Hilferding im *Finanzkapital* (a.a.O., 453-459) ausgesprochen; nach Max Webers (PS, 63-65) Erkenntnis aus dem Jahre 1905/06 haben die „altmodischen Ideale“ des Liberalismus ihre gesellschaftlichen Voraussetzungen unwiederbringlich verloren; Max Horkheimer schließlich notierte 1946, in der *Kritik der instrumentellen Vernunft*: die liberale moralische Vernunft der Menschenrechte sei zu einer subjektivistischen Meinung herabgesunken und daher gesellschaftlich kraftlos geworden (a.a.O., 32f.). – Zum anderen täuschte sich jene Strategie über diesen Verfall der Vernunft, weil intendiert war, das politische Ziel des „Weltfriedens“ auf eine unpolitische Weise – durch eine „tatsächliche Verbundenheit“ im Bereich der Ökonomie – zu realisieren statt durch den politischen Akt der Konstitution der republikanisch und demokratisch verfaßten Vereinigten Staaten von Europa. Indem die kapitalistische Ökonomie als ein sachgesetzlicher Gesellschafts-Kosmos aufgefaßt wurde, wurde deren normativer Gehalt und damit die Frage verdrängt, ob nicht der logos der Ökonomie längst von einem bellum omnium contra omnes geprägt war (vgl. Myrdal 1932, 192). – Endlich lag dieser Strategie eine allzu schlichte Auffassung von der Genese des Nationalsozialismus zugrunde: Durch die Montanunion sollte das Zentrum der deutschen Wirtschaftsmacht, die ökonomisch und militärisch zentrale Schwerindustrie, vergemeinschaftet werden, so daß es nicht länger möglich sei, daß eine deutsche Wirtschaftsmacht sich in militärisch durchgesetzten Machtansprüchen manifestiere. So erhielt die

Bundesrepublik Deutschland Souveränitätsrechte stets in Abhängigkeit von einer Vertiefung der europäischen Integration.

Die Integration – Identität – durch EGKS, EWG und EAG enthielt einzig Bestimmungen zum *Gemeinsamen Markt* für alle Waren. Dieser Markt war als Zollunion definiert: durch das Ziel eines gemeinsamen Außenzolltarifs und die Abschaffung der Binnenzölle. Auf allen anderen Gebieten der nichttarifären Handelshemmnisse existierten nationale Regelungen, durch die die Staaten in die Ökonomie eingreifen konnten. Der EWG-Vertrag von 1958 sah darum nur drei Gemeinschaftspolitiken vor: Landwirtschaft, Verkehr und Handel; außerdem sollten die Wirtschafts- und Sozialpolitik harmonisiert werden. Der Vertrag entsprach insofern nicht nur dem Ordoliberalismus der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland, sondern auch dem erheblichen Staatsinterventionismus in Frankreich. – Eine *gemeinsame Währung* war, weil die Mitgliedstaaten in das Weltwährungssystem von Bretton-Woods eingebunden waren, unnötig. Dieses Währungssystem hatte sein Zentrum im US-Dollar, der ein für allemal gegenüber dem Gold in eine feste Parität von 1 Uz. Gold = 35 US-Dollar gesetzt worden war; alle anderen Mitgliedswährungen wurden dann in einen administrativ definierten und von den jeweiligen Notenbanken auf den Devisenmärkten zu verteidigenden Wechselkurs gegenüber dem Dollar und damit auch untereinander gesetzt. Dieses System entschied, durch die administrativ gesetzten und verteidigten Kurse, über den Anteil der Währungen am Weltkonsum und an der Weltproduktion: der Kurs bestimmte einerseits die Kaufkraft, andererseits die Weltmarktpreise der Produkte. Insofern war das Währungssystem die zentrale Institution einer administrativen Steuerung von Währungen, Finanzen und Wirtschaft: des in den USA unter dem Präsidenten F. D. Roosevelt etablierten Staatsinterventionismus der

New-Deal-Politik. Der International Monetary Fund (IMF) hatte dieses System zu sichern, vor allem bei Schuldenkrisen der Mitgliedstaaten: wenn Defizite der Leistungsbilanz dauerhaft durch Zuflüsse im Bereich der Kapitalverkehrsbilanz ausgeglichen wurden, bis das Land an den Rand der Zahlungsunfähigkeit geraten war. John Maynard Keynes hatte, als Vertreter Großbritanniens, vor allem diese Strategie auf der Bretton-Woods-Konferenz mit folgendem Argument heftig kritisiert: Weil der Wert des US-Dollar im Weltwährungssystem fixiert war, konnten die USA als fortgeschrittenste kapitalistische Nationalökonomie dauerhaft einen Leistungsbilanz-Überschuß (Handels- und Dienstleistungsbilanz sowie Bilanz der unentgeltlichen Übertragungen) gegenüber unterlegenen Konkurrenten erzielen, ohne ihre Währung aufwerten zu müssen und ohne als Verursacher einer Krise in Erscheinung zu treten, die bei den Konkurrenten als Import-Überschuß und Schuldenkrise erscheinen mußte. Keynes (vgl. 1936, 322f.) Kritik lautete, zusammengefaßt: daß die USA auf diese Weise ihre Wirtschaftskrise – die Krise der strukturellen Massenarbeitslosigkeit und des Unterkonsums – auf die Nachbarn verlagern, die dann einseitig die Lasten zu tragen haben, indem sie ihre Verschuldung durch Währungsabwertung mit der Folge einer Import-, also Konsum-Restriktion reduzieren.

Durch die *Weltwirtschaftskrise um 1975*, erscheinend im Zusammenbruch des Weltwährungssystems von Bretton-Woods in den Jahren 1971 und 1973 sowie in der globalen Depression von 1975 und 1981, brach der staatsinterventionistische Kapitalismus zusammen. Auf diese Krise antwortete das vereingemeinschaftete Europa – mit einiger Verzögerung – durch die Implementierung einer *neoliberalen und monetaristischen Wirtschafts- und Währungsordnung*. Die Logik dieser neuen, den Keynesianismus ablösen-

den Dogmatik bestimmte ab 1980/90 zunehmend die *Identität* der Gemeinschaft.

Der staatlich gesteuerte Kapitalismus war 1933 in den USA unter dem Präsidenten F. D. Roosevelt als Reaktion auf die Große Depression von 1929 /33 durch die New-Deal-Politik eingeführt und durch das Bretton-Woods-Abkommen von 1944 als Weltwirtschafts-System institutionalisiert worden. Das Ziel der Politik war, durch eine defizitär finanzierte Politik der Nachfrage-Steigerung – Ausbau des Wohlfahrtsstaates; Förderung gewerkschaftlicher Organisation der Arbeiter – die Krisen des Verfalls des Wirtschaftswachstums und vor allem der Massenarbeitslosigkeit zu überwinden. Nun war um 1970/75 diese Krisenpolitik selbst in die Krise geraten und daher obsolet. Die Phänomene der neuen Krisis waren in den kapitalistischen Nationen nur quantitativ unterschiedlich ausgeprägt: Verfall der Raten des wirtschaftlichen Wachstums, Konkurse, Massenarbeitslosigkeit, Inflation, Krise der Sozialsysteme, Krise der Staatsfinanzen. Außerdem wurde die ökologische Krise bewußt. Die Entwicklungsländer verzeichneten fortan eine tiefe Schuldenkrise. So geriet auch die europäische Integration in eine Existenz-Krisis: die gemeinsame Währung war entfallen, und das Projekt des gemeinsamen Marktes schien unter den nationalstaatlichen Strategien, Handelshemmnisse im Bereich der nicht-tarifären Bestimmungen aufzurichten, zu erodieren. In der Krise brach die EWG-Integration und -Identität auf. Als Reaktion auf diese kapitalistische Systemkrise mußte eine *gemeinsame Währung* geschaffen und der *gemeinsame Markt* rekonstruiert werden.

In der kapitalistisch organisierten Weltökonomie, und damit auch in der Europäischen Gemeinschaft, begann der Siegeszug von *Neoliberalismus* und *Monetarismus*. Die herausragenden Vertreter dieser Dogmatik, *Friedrich August von Hayek* (1899-1992) und

Milton Friedman (1912-2006), erhielten den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften 1974 und 1976. Die dogmatischen Grundannahmen von Neoliberalismus und Monetarismus ergeben sich aus dem unmittelbaren Gegensatz beider Lehren gegen den – theoretisch vor allem von *John Maynard Keynes* (1883-1946) formulierten – Staatsinterventionismus. Der *Zusammenbruch des Weltwährungssystems von Bretton-Woods* erfolgte durch die Liquidierung erst der festen Parität des US-Dollar gegenüber dem Gold (1971), dann gegenüber den Währungen aller Mitgliedstaaten des Systems (1973). Seit 1973 wurde der Wechselkurs des US-Dollar wesentlich auf den Devisenmärkten bestimmt, also flexibilisiert. Diese *De-Regulierung des Weltwährungssystems* reduzierte nicht nur die Steuerung der Währungen durch die Notenbanken in Form der Festlegung von Leitzinssätzen und der Refinanzierung der Geschäftsbanken bei den Notenbanken, sondern auch die Steuerung von Weltkonsum und Weltproduktion. Das System flexibler Wechselkurse implizierte den kategorischen Imperativ der *De-Regulierung der Nationalökonomien und der Weltökonomie*.

Neoliberalismus bedeutet deshalb allererst: Freisetzung des „Wettbewerbs-Kapitalismus“ (Friedman 1962, 36) durch De-Regulierung der Ökonomie. De-Regulierung ist die Reduktion des Staatsinterventionismus: die Reduktion der defizitären Finanzierung von Infrastrukturmaßnahmen und Sozialstaat – beides vordem Maßnahmen zur Steigerung der Nachfrage; die Beendigung jeder Stützung der Gewerkschaften, die vordem eine Steigerung der Kaufkraft der abhängig Beschäftigten durchsetzen sollten; die Privatisierung von Staatsunternehmen und öffentlichen Dienstleistungen. *Monetarismus* heißt analog: Flexibilisierung des Systems der Wechselkurse; De-Regulierung des Finanzsystems; Abkehr von der Politik-Ökonomie defizitär finanzierter Maßnahmen zur Krisenüberwindung:

Ausgleich der Staatshaushalte; Steigerung der umlaufenden Geldmenge in Abhängigkeit von der Steigerung des BIP, also anti-inflationäre Geldmengensteuerung. Beide Lehren fordern aber keineswegs das Ende jeder Staatstätigkeit. Denn es können nur Administrationen sein, die den Staatsinterventionismus liquidieren; es können nur Administrationen sein, die den Markt gegen jede Marktbeherrschung durch Monopole (Unternehmen, Gewerkschaften) schützen. Positiv formuliert: der *Neoliberalismus* ist das System eines administrativ durchgesetzten und verteidigten Wettbewerbs (Hayek 1968), der *Monetarismus* ist das System einer Geldwert-Stabilisierung durch Auflösung des defizitär sich finanzierenden Staatsinterventionismus vor allem auf dem Gebiet des Sozialstaates und durch Liquidierung gewerkschaftlicher Monopol-Macht auf dem Arbeitsmarkt (vgl. Friedman 1976). Beide Lehren wenden sich vehement gegen jede systemrationale Steuerung von Wirtschaft und Gesellschaft: sie ergänzen einander. War jene Steuerung aber nur die administrative Abwehr von *partiellen* Krisen, eben eines Ungleichgewichts von Produktion und Konsum, so hat die neoliberale Administration *das Ganze* des Wettbewerbs zu konstituieren und funktionsfähig zu halten: so ist die neoliberale Administration umfassender als die keynesianische. Ist die *De-Regulierung*, als Beseitigung des Staatsinterventionismus, noch eine *nationalstaatlich* differenzierte Aufgabe, so ist die *Re-Regulierung und Funktionserhaltung* der neoliberalen „spontanen Ordnung“ eine Aufgabe, die allein durch eine *transnationale Administration* zu bewältigen ist: der transnationale Wettbewerb verlangt ein System globaler ‚governance‘.

In der Europäischen Gemeinschaft begann, als Reaktion auf den Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems, zunächst der Versuch, eine *gemeinsame Währung* zu instituti-

onalisieren; der Versuch orientierte sich zunehmend an den Dogmen des *Monetarismus*.

Nach 1970 versuchte die EG zunächst, die Währungsordnung des interventionistischen Bretton-Woods-Systems auf europäischer Ebene zu retten. Nach dem Plan einer Arbeitsgruppe unter dem luxemburgischen Ministerpräsidenten Werner (1970) sollte die EG in drei Stufen bis 1980 eine Wirtschafts- und Währungsunion realisieren (*„Werner-Plan“*). Auf der ersten Stufe (1.1.1971 bis 31.12.1973) sollten die EG-Währungen eine Währungs-Schlange im Dollar-„Tunnel“ mit festen Paritäten innerhalb des noch existierenden Bretton-Woods-Systems bilden. Diese Schlange sollte am Ende in endgültig fixierte Paritäten und dann in eine gemeinsame Währung überführt werden. Das Projekt erodierte, als 1973 der Dollar als „Tunnel“ entfiel. So wurde zunächst die „Schlange“ ohne „Tunnel“ aufrechterhalten; der Währungsverbund ‚floatete‘ gemeinsam gegenüber dem US-Dollar. Das Netz fester Paritäten ließ sich aber nicht aufrechterhalten, weil die den beteiligten Währungen zugrundeliegenden Nationalökonomien sich unterschiedlich entwickelten. Erst scherten Großbritannien und Irland, dann Italien, die Nicht-EG-Staaten Norwegen sowie Schweden, endlich Frankreich aus der Schlange aus.

Die bis heute gültige Erkenntnis blieb: Feste Wechselkurse sind dauerhaft nur zu halten, wenn die entsprechenden Nationalökonomien im Gleichklang fortschreiten – sonst sind Auf- und Abwertungen unvermeidlich. Existiert aber eine Gemeinschaftswährung bei unterschiedlichen ökonomischen Fortschritten, muß die Restriktion des Verbrauchs durch Abwertungen substituiert werden durch unmittelbare Lohnkürzungen bei gleichzeitiger Steigerung der Arbeitsleistungen. Diese Konsequenz entspricht der von Keynes 1944 kritisierten Konstruktion eines im Gold-Wert fixierten und als Weltgeld installierten US-

Dollar: Ist erst einmal eine Gemeinschaftswährung zwischen weiterhin bestehenden Nationalstaaten eingeführt, sind bei einer Schuldenkrise allein die verschuldeten Staaten für die Krisen-Überwindung verantwortlich: sie haben sich dem Produktivitäts-Niveau der Nationen des kapitalistischen Fortschritts anzupassen – sie müssen weniger konsumieren und mehr produzieren.

Nach dem Scheitern des Werner-Plans, aber der fortbestehenden Notwendigkeit, eine Gemeinschaftswährung anstelle des US-Dollar zu institutionalisieren, wurde im EG-Europa am 1.1.1979 das Projekt des *Europäischen Währungssystems (EWS)* und der Korbwährung des *Ecu (European Currency Unit)* in Gang gesetzt. – Der Kurs des Ecu war über die Special Drawing Rights des IMF gegenüber dem US-Dollar in die Parität von 1 : 1 und dadurch in analoge Paritäten gegenüber den Währungen der EG-Mitgliedstaaten gesetzt (1 Ecu = 2,51 DM) gesetzt; in den so fixierten Ecu-Wert gingen die Werte der Mitgliedswährungen nach dem jeweiligen relativen Gewicht der entsprechenden Volkswirtschaften ein. Der Kurs des Eu variierte dann nach den Wechselkurs-Änderungen der Korbwährungen. – Am *EWS* beteiligten sich nicht alle EG-Mitgliedstaaten, dafür aber auch Nicht-EG-Mitgliedstaaten. Das *EWS* war ein bilaterales Währungs-Paritäten-Gitter, bei dem für die Mitgliedswährungen wechselseitige Leitkurse vereinbart wurden, von denen sie nur um $\pm 2,25\%$, im Ausnahmefall um $\pm 6,0\%$, abweichen durften. Die Kurse waren von den zuständigen Notenbanken auf den Devisenmärkten zu verteidigen. So war das *EWS* immer noch ein interventionistisches System nach dem Vorbild des vergangenen Bretton-Woods-Systems. Freilich mußte auch das *EWS* in die Krise geraten, die bereits die Währungs-Schlange zum Zusammenbruch gebracht hatte: aufgrund unterschiedlicher Fortschritte der zugrunde liegenden Nationalökonomien wurden die Wechselkurse im *EWS*

zwischen 1979 und 1995 20mal geändert, obwohl in der Zwischenzeit die erlaubte Schwankungsbreite der Währungen um die Leitkurse auf $\pm 15\%$ erweitert worden war. Wie sollte unter diesen Bedingungen eine Gemeinschaftswährung entstehen und dauerhaft aufrechterhalten werden können? Dennoch wurde das EWS zum Ausgangspunkt des Euro.

Das Projekt einer Gemeinschaftswährung, das am 1.1.2002 mit der *Einführung des Euro* vollendet war, wurde – nach einigen Vorarbeiten – am 1.7. 1990 eingeleitet und im Vertrag von Maastricht (1992/93) fixiert. Nach diesem Vertrag sollte der Euro in drei Stufen eingeführt werden. – Auf der *ersten Stufe* (1.7.1990 bis 31.12.1993) soll der Geld- und Kapitalverkehr liberalisiert, eine „Konvergenz“ der nationalen Wirtschafts- und Währungspolitiken (Preisstabilität; Begrenzung der öffentlichen Neuverschuldung sowie der öffentlichen Schuldenstandes; Angleichung der Lohnstückkosten) angestrebt, eine Beteiligung aller EG-Staaten am EWS und ein Gemeinsamer Markt realisiert werden. – Auf der *zweiten Stufe* (1.1.1994 bis spätestens 1.1.1999) sollen folgende Ziele erreicht werden: Vermeidung „übermäßiger öffentlicher Defizite“ der Mitgliedstaaten; Einleitung des Verfahrens zur Sicherung der Unabhängigkeit der Notenbanken von den politischen Administrationen; Errichtung eines Europäischen Währungsinstituts (EWI); Verbot der Inanspruchnahme von „Überziehungs- oder anderen Kreditfazilitäten“ beim EWI/EZB oder bei den nationalen Notenbanken durch die Gemeinschaft, die Zentralregierungen, Körperschaften oder Einrichtungen des öffentlichen Rechts sowie durch öffentliche Unternehmen. – Für den *Übergang von der zweiten zur dritten Stufe* gelten die bekannten vier „Konvergenzkriterien“, die auch – dem ‚Stabilitäts- und Wachstumspakt‘ von 1996/99 zufolge – nach dem Inkrafttreten der dritten Stufe einzuhalten sind:

1) Die Preissteigerungsrate soll „anhaltend niedrig“ sein und im Jahr vor der Prüfung höchstens 1,5% über der Preissteigerungsrate der – höchstens drei – stabilsten Mitgliedstaaten liegen.

2) Das „geplante oder öffentliche Defizit“ darf 3% des BIP zu Marktpreisen nicht überschreiten; der „öffentliche Schuldenstand“ darf 60% des BIP zu Marktpreisen nicht überschreiten.

3) Ein Mitgliedstaat muß in den letzten zwei Jahren vor der Prüfung die „normalen Bandbreiten“ des EWS „ohne starke Spannungen“ eingehalten haben.

4) Der „durchschnittliche langfristige Normalzinssatz“ soll höchstens 2% über dem entsprechenden Satz der – höchstens drei – preisstabilsten Mitgliedstaaten (im Jahr vor der Prüfung) liegen; die Zinssätze beziehen sich auf „langfristige Staatsschuldverschreibungen oder vergleichbare Wertpapiere“.

Quellen: Art. 104c / Abs. 2 und Art. 109j / Abs. 1 EGV; Protokoll über die Konvergenzkriterien nach Artikel 109j EGV, Art. 1 bis 4)

– Die *dritte Stufe* endlich sollte, nach den Bestimmungen des Maastricht-Vertrags, spätestens am 1.1.1999 beginnen. Für die zur dritten Stufe zugelassenen Mitgliedsstaaten sollte gelten: endgültige Fixierung der Umrechnungskurse der Währungen, so daß diese Währungen zu jenen Kursen durch die Gemeinschaftswährung ersetzt werden können; Einrichtung einer Europäischen Zentralbank (EZB) und eines Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB) zum 1.7.1998.

Am 1.1.02 wurde der Euro für die auf der dritten Stufe befindlichen zwölf Staaten als Gemeinschaftswährung eingeführt: Frankreich, Deutschland, Niederlande, Belgien, Luxemburg, Italien, Irland, Griechenland,

Spanien, Portugal, Österreich, Finnland. Später konnten – nach ihrem Beitritt 2004 – noch Zypern, Malta, Slowakei, Slowenien und Estland (1.1.2011) den Euro einführen. Heute gehören somit 17 Länder zur *Euro-Gruppe*. Der Euro ist nun eine *transnationale Währung*, verwaltet durch eine *transnationale Zentralbank* (EZB) – aber nicht abgesichert durch eine *transnationale Finanz-Administration*, die alle Souveränitätsrechte der nationalen Ministerien absorbieren müßte.

Durch die Konvergenz-Kriterien wurde das interventionistische EWS in eine *monetaristische Gemeinschaftswährung* transformiert. Die Liquidierung des Interventionismus erfolgte vor allem durch die Bestimmung, daß die Wechselkurse der Währungen beim Übergang zur dritten Stufe nicht mehr administrativ gestützt werden dürfen – daß also die zugrundeliegenden Nationalökonomien im Gleichklang fortschreiten. Monetaristisch sind diese Kriterien sodann: weil eine defizitär finanzierte Steuerung der Nationalökonomien durch die Bestimmungen zur öffentlichen Gesamt- und Neuverschuldung unterbunden ist; weil die Mitgliedstaaten sich bei ihren Notenbanken nicht länger verschulden dürfen; weil die EZB und die Notenbanken allein dem Ziel der Geldwert-Stabilität verpflichtet sind; weil die Geldwertstabilität nicht nur durch die enge Begrenzung der öffentlichen Verschuldung gewährleistet werden soll, sondern auch durch Anhebung von Löhnen und Gehältern allein in Übereinstimmung mit dem Anstieg oder dem Verfall der Arbeitsproduktivität (Lohnstückkosten).

Implizit enthalten diese Bestimmungen die Diagnose einer möglichen Krisis: Interventionsstaat und Gewerkschaften haben durch sozialstaatliche Maßnahmen und eine expansive Lohnpolitik den Konsum stärker steigen lassen als die Produktion, dadurch eine inflationäre Geldmengenausweitung herbeige-

führt, somit den Regelungsmechanismus der Knappheitspreise zerstört – so daß produziert wurde, wo keine Nachfrage war, mit der Folge von Konkursen, Arbeitslosigkeit und Verfall des Wirtschaftswachstums. Sozialstaat und Gewerkschaften, einst angetreten, um die ökonomische Krisis zu überwinden, haben sie vielmehr erst erzeugt: nach monetaristischem Dogma. Dagegen gelte es, die Produktion zu steigern und die Konsumtion zu reduzieren: „Wir haben über unsere Verhältnisse gelebt!“, lautet der medial verbreitete, fast zur Selbstverständlichkeit gewordene Glaubensartikel. Dieser Artikel impliziert die Überzeugung, durch eine Überwindung des Gewerkschafts- und Sozialstaates sei die Möglichkeit von Systemkrisen liquidiert; Krisen seien allenfalls noch möglich durch die Sozialatome, die „gierig“ auf unendlichen, die Produktion übersteigenden Konsum abzielten.

Die monetaristischen Bestimmungen zur Gemeinschaftswährung fordern demnach: das Ende der Staatsintervention durch Auflösung sozialstaatlicher Leistungen und gewerkschaftlicher Gegenmacht auf dem Arbeitsmarkt – einen staatlich durchgesetzten und gestützten „*Wettbewerbs-Kapitalismus*“ (Friedman). So impliziert eine Geld- und Währungsordnung nach den Dogmen des *Monetarismus* eine Wirtschaftsordnung nach den Dogmen des *Neoliberalismus*.

Die Rekonstruktion des *Gemeinsamen Marktes* begann nach den Versuchen auf dem Gebiet einer Gemeinschaftswährung, konnte aber früher (1993) realisiert werden; die Marktordnung erfolgte in Übereinstimmung mit den Dogmen des *Neoliberalismus*.

Analog zur zunächst noch am interventionistischen Bretton-Woods-System orientierten Währungs- und Geldpolitik der EG-Staaten reagierten diese auf die Krisis um 1975 zunächst ebenfalls durch *interventionistische Marktordnungen*: indem sie die Na-

tionalökonomien gegeneinander abschotteten. Dazu standen nach der Realisierung der Zollunion zwar nicht länger die tarifären, aber die nicht-tarifären Handelshemmnisse (technische Vorschriften und Normen) zur Verfügung. Um welche Handelshemmnisse es sich handelte, kann ermessen werden an jener Harmonisierung von Politik-Bereichen, die nach 1990 im Vorzeichen des neoliberalen Wettbewerbs erfolgte. Auf die Selbstdestruktivität dieser Markt-Abschottungen verwies im Jahre 1988 der Präsident der EG-Kommission, Jacques Delors, im Vorwort zum Bericht des Lenkungsausschusses für das Forschungsprogramm: ‚Kosten der Nichtverwirklichung Europas‘ unter dem Vorsitz von Paolo Cecchini: Durch die begrenzten nationalen Märkte entziehe sich die EG der Möglichkeiten einer technisch rationalisierten Massenproduktion für einen weit größeren EG-Binnenmarkt von weit über 300 Millionen Produzenten und Konsumenten, so daß aufgrund dieses Rationalisierungs-Defizits Weltmarkt-Anteile an die Konkurrenten vor allem aus den USA und Japan verloren würden. Würde aber der Binnenmarkt realisiert, ergäben sich für das EG-BIP deutlich stärkere Wachstumsraten mit der Folge einer Reduzierung der Arbeitslosigkeit bei relativ stabilen Preisen.

So wurde zwischen 1981 das Projekt des *Gemeinsamen Marktes unter neoliberalen Vorzeichen* initiiert. Auf dem Gebiet des Warenverkehrs waren die Zollschränken längst beseitigt; bei den nicht-tarifären Handels-schränken wurde, statt ungezählte technische Vorschriften und Normen zu egalisieren, der Weg einer wechselseitigen Anerkennung nationaler Regelungen beschritten. Auf dem Gebiet des Dienstleistungsverkehrs waren die nationalen Berufsqualifikationen anzuerkennen, die Möglichkeit grenzüberschreitender Tätigkeiten zuzulassen und eine Niederlassungsfreiheit vertraglich zu fixieren. Auf dem Gebiet des Arbeitsmarktes galt es, eine EG-

interne Freizügigkeit und Berufsausübung zu vereinbaren. Auf dem übergreifenden Gebiet des Kapitals mußte der freie Kapital- mit freiem Zahlungsverkehr geregelt werden.

Die *Einheitliche Europäische Akte* (EEA) von 1986/87 hat die Verwirklichung dieses Gemeinsamen Marktes auf den 31.12.1992 datiert: Spätestens zu diesem Zeitpunkt solle der „Binnenmarkt als Raum ohne Binnengrenzen, in dem der freie Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital ... gewährleistet ist“, realisiert werden.

Diese Bestimmung hat die National-Ökonomien der Europäischen Gemeinschaft sehr weitgehend durch eine Gemeinschafts-Ökonomie ersetzt. In diesem Wirtschaftsraum ist das Kapital das übergreifende Subjekt; Waren, Dienstleistungen und Personen sind nur materielles, immaterielles und humanes Kapital. Das Kapital vermag sich, durch die Aufhebung jeder Wirtschaftsgrenze, innerhalb des Gemeinsamen Marktes die profitabelsten Standorte zu suchen, versetzt mithin die Nationen, Regionen und Kommunen in einen Standort-Wettbewerb um Kapitalinvestitionen, die Arbeitsplätze, Einkommen und Steuereinnahmen versprechen. So hat der freie Kapitalverkehr das EG-Europa unter den Zwang gesetzt, alle gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Bereiche den betriebswirtschaftlichen Interessen transnationaler Konzerne zu subsumieren und entsprechend zu gestalten: „die Familien, die Schulen und Hochschulen, die Kirchen, die kulturellen Institutionen einschließlich der Medien, die Verbände, die Unternehmen, die Arbeitnehmer, die politischen Parteien und alle staatlichen Ebenen“ (Bundesregierung, 3.9.1993, 19f.). Alles wird zur Funktion der Kapitalverwertung, alles ist – vor jeder anderen sachlichen Erwägung und Entscheidung – den Kriterien der Betriebswirtschaft zu unterwerfen. Alles, von der Familie bis zu den Uni-

versitäten und zum Staat, ist zunächst: Betrieb.

Um diese kapitalkonforme Umgestaltung zu implementieren, also den Gemeinsamen Markt zu konstituieren, haben die Verträge von Maastricht (1992/93) und vor allem von Amsterdam (1997/99) die Politiken aufgelistet und entsprechend geregelt, die dem Gemeinsamen Markt mit seinen vier (oder sechs) Grundfreiheiten – also dem „Wettbewerbs-Kapitalismus“ – zu subsumieren sind: Visa, Asyl; Einwanderung; Verkehr; Wettbewerb; Steuerfragen; Angleichung der Rechtsvorschriften; Wirtschafts- und Währungspolitik; Beschäftigung; Handelspolitik; Zollwesen; Sozialpolitik; Bildung, Jugend; Kultur; Gesundheit; Verbraucherschutz; transeuropäische Netze; Industrie; Kohäsion; Forschung und Technik. Die EG-Administration hat übergreifend den Wettbewerb durchzusetzen und zu sichern: indem alle aufgelisteten Politik-Bereiche nach nationalstaatlichen Regelungen überprüft werden, die den Wettbewerb – den Gemeinsamen Markt – verzerren könnten.

So ist die zentrale Institution des Gemeinsamen Marktes der *Wettbewerb*. Damit aber Wettbewerb, also der Vergleich von Leistungen möglich ist, muß es ein Instrument des Vergleichs geben: dies ist die *gemeinsame Währung*, der Euro. Herrscht Wettbewerb, lautet das Dogma, sind alle nationalstaatlichen Regelungen aufgelöst oder auf ein gleiches Niveau reduziert; herrscht Wettbewerb, sind alle Monopole – vor allem: der Interventionsstaat und die Gewerkschaften – aufgelöst, die auf eine überproportionale Steigerung des Konsums ausgerichtet sind, der nur defizitär möglich und daher ohne eine Inflation unmöglich ist; herrscht Wettbewerb, ist der Geldwert stabil, sind Geld und Preise als zentrale Steuerungsmedien des Wettbewerbs-Kapitalismus in Funktion. So ist das monetaristisch definierte Geld die Identität des neoliberalen Wettbewerbs-Kapitalismus

und dieser die Europa integrierende Institution. *Der Euro ist die Identität des Europa der EU.*

Diese Logik der Implementierung der gemeinsamen Währung und des gemeinsamen Marktes belegt die herausragende Bedeutung politischer Administrationen und somit auch eines zentralen Defizits der europäischen Integration: Die De-Regulierung der Devisen-, Kapital-, Waren-, Dienstleistungs- und Arbeitsmärkte ist, als Abbau des Staatsinterventionismus, eine nationalstaatliche Aufgabe – aber das Ziel ist die Implementierung einer transnationalen Politik-Ökonomie, eines transnationalen Wettbewerbs-Marktes, einer transnationalen Währung. Alles ist dem logos von Neoliberalismus und Monetarismus zu subsumieren. Erfordert ist deshalb auch eine *transnationale politische Administration*: eine neoliberale verfaßte Europäische Union, die die Nationalstaaten vollkommen in sich aufgehoben hätte. Eine solche Administration ist weder vorhanden noch absehbar.

Nach dem *Zusammenbruch des Staatssozialismus in Mittel- und Osteuropa* (um 1990) und dem folgenden Beitritt von zehn Ländern dieser Region (2004/07) wurden die Institutionen des *neoliberalen Wettbewerbs-Marktes* und der *monetaristischen Gemeinschafts-Währung* als Instrumente einer erfolgreichen Bewältigung der Zusammenbruchs-Krise durch Transformation gefeiert. Hatte der keynesianische Staatsinterventionismus das Problem der Überwindung von Unterentwicklung noch theoretisch durch die Modernisierungs-Lehre und praktisch durch Modernisierungs-Planung behandelt, so tritt nun an deren Stelle das Dogma von der „organischen Entwicklung“ durch eine neoliberale Marktordnung und eine monetaristische Währungsordnung.

Die *europäische Integration* erfolgte zwischen 1951/52 und 1957/58 als Antwort auf die

Krise des Zweiten Weltkrieges und die Verbrechen des nationalsozialistischen Deutschland durch eine teils ordoliberalen, teils interventionistische Marktordnung einerseits sowie andererseits durch die Integration der EWG-Mitgliedstaaten in das interventionistische Weltwährungssystem von Bretton-Woods. Beides: die Markt- und die Währungsordnung, sollten einen von Deutschland ausgehenden Krieg fortan verhindern und dadurch den Weltfrieden sichern. – Die *europäische Integration* erfolgte zwischen 1986/87 und 1992/93, zwischen 1992 und 2002, als Antwort auf die *Krise* und den Zusammenbruch des Weltwährungssystems von Bretton-Woods (1971/73) sowie auf die globale *Krise* des staatsinterventionistischen Kapitalismus von 1975/81. Die neoliberale Marktordnung und die monetaristische Währungsordnung sollten eine *Krise* wie die des Staatsinterventionismus für alle Zukunft ausschließen. – Die *europäische Integration* erfolgte nach 1990 als Antwort auf die *Krise* und den Zusammenbruch der Staaten des autoritären Staatssozialismus. – In der neuen Weltordnung der Globalisierung, die exemplarisch in Europa verwirklicht schien, sollte nunmehr die Freiheit garantiert, *Krisen* von Wirtschaft, Währungen und Staatsfinanzen überwunden und der Weg aus der Unterentwicklung zum allgemeinen Wohlstand eingeschlagen sein. Das ist das Versprechen der Ordnung der neuen Freiheit. Daß diese neue Ordnung administrativ durchgesetzt, konstituiert und in Funktion gehalten werden muß, daß die transnationale neoliberal-monetaristische Politik-Ökonomie eine analoge transnationale Administration fordert und ohne diese – selbst nach neoliberaler Doktrin – gar nicht aufrechterhalten werden kann, ist während der Implementierung der neuen Freiheit mißachtet worden. Dieses *institutionelle Defizit* spiegelt freilich das strukturelle *des mangelnden Krisenbewußtseins*.

So enthalten die *EU-Verträge keine Bestimmungen über eine System-Krise des neoliberalen und monetaristischen Kapitalismus*. *Krisen* scheinen nur möglich: soweit sie durch den alten Interventionsstaat, monopolistische Gewerkschaften eingeschlossen, verursacht sind. *Krisen* erscheinen danach als *Krisen* von Nationalstaaten, die weiterhin versuchen, den de-regulierten Markt durch nationalstaatliche Regelungen und Staatsunternehmen sowie durch nicht zureichend entmachtete Gewerkschaften zu unterlaufen. So hat die Europäische Union, so haben Neoliberalismus und Monetarismus keine Antwort auf die 2007/08 einsetzende, gegenwärtig fortdauernde Finanzkrise, Wirtschaftskrise, *Krise* der Staatsfinanzen, Währungskrise, als die eine: die Reste des alten Staatsinterventionismus in den verschuldeten Euro-Staaten vollends zu liquidieren. Indes wäre eine veränderte, neue europäische Integration als Antwort auf diese nunmehr *vierte Krise* fällig. Eine solche Antwort zeichnet sich indes nirgends ab: der alte Keynesianismus ist durch die *Krise* von 1975/81 obsolet, der neue Liberalismus ist gegen das Bewußtsein einer Systemkrise immun.

Das *fehlende Bewußtsein einer möglichen Krisis des neoliberalen und monetaristischen Kapitalismus*, das *Fehlen einer Krisenstrategie* angesichts einer solchen möglichen Systemkrise wird bei einer Durchsicht des EUV (*Vertrag über die Europäische Union*) sowie des AEUV (*Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union*) von Lissabon unübersehbar.

Der AEUV enthält nur vier Artikel, die unter dem Kapitel: „Wirtschaftspolitik“, dem Problem einer möglichen Wirtschafts- und Finanzkrise sowie einer *Krise* der Staatsfinanzen gelten.

Der *Artikel 122* führt folgende mögliche *Krisen* auf: „Naturkatastrophen oder außerge-

wöhnliche Ereignisse", die sich der „Kontrolle“ von Mitgliedstaaten entziehen. Sind die Staaten als Folge dieser Ereignisse „von Schwierigkeiten betroffen oder von gravierenden Schwierigkeiten ernstlich bedroht“, dann ist folgende *Krisenpolitik* vorgesehen: es wird dem Mitgliedstaat, auf „Vorschlag der Kommission“ und auf Beschluß des Rates, von der „Union“ ein „finanzieller Beistand“ gewährt. Die hier in Rede stehenden Krisen sind „Naturkatastrophen“ oder andere Schicksals-Krisen: keine ökonomischen Systemkrisen, keine gesellschaftlichen Krisen, die gesellschaftlich vermeidbar wären.

Der *Artikel 123* führt implizit folgende mögliche *Krise* auf: EU-Organe, oder Regierungen von EU-Mitgliedstaaten, oder „regionale oder lokale Gebietskörperschaften“, oder „öffentlich-rechtliche Körperschaften“, oder „öffentliche Unternehmen der Mitgliedstaaten“, streben die Aufnahme von Krediten oder die Ausgabe von Schuldtiteln an, so daß sie ihre Verschuldung steigern. In diesem Falle lautet die *Krisenpolitik*: Weder der Europäischen Zentralbank noch den Zentralbanken der Mitgliedstaaten ist es gestattet, den genannten Organisationen „Überziehungs- oder andere Kreditfazilitäten“ einzuräumen, oder „unmittelbar“ Schuldtitel zu erwerben. Die aufgeführten Organe und Körperschaften werden somit auf die Kapitalmärkte verwiesen, die auf eine steigende Verschuldung mit steigenden Zinsen reagieren und somit marktwirtschaftlich eine Begrenzung der Verschuldung erzwingen. Die EZB kann aber mittelbar Schuldtitel erwerben, indem sie solche nicht direkt vom Schuldner übernimmt, sondern auf dem Kapitalmarkt erwirbt. Die Schuldenkrise wird mithin als Krise einzelner Schuldner und nicht als Systemkrise aufgefaßt. Die Krisenüberwindung soll durch Schuldensenkung möglich sein und so auch erfolgen.

Der *Artikel 124* führt folgende mögliche *Krise* auf: Den im Artikel 123 aufgelisteten Organen und Körperschaften ist ein „bevorrechtigter Zugang ... zu den Finanzinstituten ... verboten“. Alle administrativen Einrichtungen sind Organisationen der Privatwirtschaft gleichgestellt und haben so auch zu agieren: wie Betriebe. Darin besteht die *Krisenpolitik*: in einer marktwirtschaftlichen, betriebswirtschaftlichen Reorganisation von Staaten und öffentlichen Körperschaften.

Der Artikel 125 führt folgende mögliche *Krise* auf: Die im Artikel 123 aufgelisteten Organe und Körperschaften haben sich so hoch verschuldet, daß sie ihrem Schuldendienst nicht mehr nachkommen können. Die vorgeschriebene *Krisenpolitik* besteht nun darin: daß weder die Union, noch Mitgliedstaaten, für „Verbindlichkeiten“ jener Organe und Körperschaften „haften“. Die Vergemeinschaftung einer Verschuldung ist somit unterbunden; die Verschuldung gilt als individuell verursacht und ist deshalb auch individuell zu überwinden.

So wird deutlich: Der AEUV kennt *keine allgemeine Krisis von neoliberaler Marktordnung und monetaristischer Währungsordnung*; die Krisis wird individualisiert. So hat es schon Hayek (1960, 95) gelehrt: Nach der „communis opinio“ gelte, „daß die Einzelnen sowohl für den Erfolg als auch für den Mißerfolg ihrer Bemühungen verantwortlich gemacht werden.“ Ihr Mißerfolg besteht in einer mangelnden „Anpassung“ an den logos der „spontanen Ordnung“ (vgl. ebd. 72-74) – also muß diese Anpassung, bei „Mißerfolg“, erzwungen werden (vgl. ebd. 28, 78f.).

III. Die neoliberalen und monetaristischen „Glaubensartikel“: Der Autoritarismus des Modells der Wettbewerbs-Gesellschaft

Das zentrale Konzept der neoliberalen und monetaristischen Theorie und Praxis ist der „Wettbewerbs-Kapitalismus“ (Friedman 1962, 36), geregelt durch das Geld als „Knappheitsmesser“ (Eucken 1952, 16).

Der *Wettbewerb*, führt Hayek (1968) aus, ist ein Vergleich von Leistungen mindestens zweier natürlicher oder juristischer Personen, die um ein Gut kämpfen, das insofern knapp ist, als es nicht für beide reicht. Der Wettkampf kennt deshalb nur Sieg oder Niederlage – keinen Kompromiß, keine Verständigung. Weil es sich um einen Vergleich handelt, bedarf es eines Vergleichsmaßstabes, also einer Regel, nach der gekämpft wird. Diese Regel entscheidet nicht, wer gewinnt oder verliert, sondern nur, nach welchen Kriterien über Sieg oder Niederlage entschieden wird. Ein Wettbewerb wird nur dann stattfinden, wenn: ein Ziel von mindestens zwei Personen begehrt wird, das nicht beide realisieren können; wenn nicht von vornherein bekannt ist, wer das Ziel erreicht; wenn Regeln gegeben sind, nach denen über Sieg und Niederlage entschieden wird; wenn derjenige gewinnt, der über die besten Mittel zur Zielerreichung verfügt. Der Wettbewerb ist insofern vor allem eine *irrationale* Veranstaltung, weil niemand a priori den Sieger kennt und deshalb auch nicht die siebringenden Mittel – das Feld des Wettbewerbs ist mithin niemandem bekannt, niemand kann die angemessensten Mittel a priori kennen, niemand kann den Ausgang rational prognostizieren. Der Wettbewerb ist das System einer durch gesetzte Regeln konstituierten, auf dieser Basis aber „spontanen“ und nicht einer „gemachten Ordnung“; ein Schiedsrichter wacht über die Einhaltung der anfangs gesetzten

Regeln. Der Wettbewerb beruht sodann auf dem zweckrationalen, *technisch-rationalen* Handeln der Wettkämpfer: aber die rationalsten, angemessensten Mittel sind erst a posteriori bekannt. Der Wettbewerb beruht endlich auf der *Freiheit* der Kämpfer: jeder kann über die gewählten Mittel unabhängig entscheiden, niemandem wird sein Verhalten vorgeschrieben. Der Wettbewerb ist endlich von einer *doppelten Ungleichheit* geprägt: das erstrebte Gut ist knapp; der Wettbewerb endet mit Sieg und Niederlage. Schließlich bedarf der Wettbewerb eines „Spilleiters“ und „Schiedsrichters“ (Friedman 1962, 38, 49-51), der die Regeln festlegt, über ihre Einhaltung wacht und am Ende feststellt, wer den Sieg davongetragen hat: das ist der Staat (vgl. Eucken 1952, 187-190).

Aus dieser Logik des Wettbewerbs ergeben sich die *Dogmen von Neoliberalismus und Monetarismus*, die ich nach den Hauptwerken von Hayeks und Friedmans zusammenstelle:

Erstens: Zwar ist die neoliberale Theorie eine „Gesellschaftstheorie“ (Hayek 1980, 154; vgl. ebd. 144,157), aber Hayek erklärt: Wirtschaft und Gesellschaft sind dem Einzelnen so komplexe Sachverhalte, bestehend aus „Millionen von Umständen“, daß diese „in ihrer Gesamtheit keinem bekannt sind“ (ebd. 29; vgl. ebd. 27-36). Daher ist jeder Versuch, die Gesellschaft als Ganze vernünftig einzurichten oder als Kausalzusammenhang von Tatsachen zu begreifen, so daß Erklärungen, Prognosen oder eine sozialtechnische Steuerung der Gesellschaft möglich sind, a priori verstellt: die Gesellschaft ist nicht als „gemachte Ordnung“ aufzufassen und zu organisieren, sondern als eine „spontane Ordnung“, die – ohne daß dies ein Einzelner oder eine Institution wie der Staat beabsichtigt hätte – aus dem Handeln gesellschaftlich bewußtloser, atomisierter Einzelner resultiert. Der Neoliberalismus richtet sich daher ebenso gegen die Tradition der vernunftgerichteten Aufklärung wie

gegen den naturwissenschaftlichen Positivismus in der Nachfolge von Saint-Simon und Comte. Hayek (1960, 87) bezeichnet seine Theorie als: „Antirationalismus“. Liberal ist die neue Ordnung der Freiheit, weil jeder ein Sozialatom und von technischen Manipulationen frei ist; sie ist daher keine Ordnung der Gleichheit: das setzte eine Verallgemeinerung der Freiheit durch gesellschaftliche Vernunft voraus.

Zweitens: Die neoliberale Theorie der Gesellschaft kann die Paradoxie, die Unerkennbarkeit ihres Gegenstandes zu erkennen, nur auflösen, indem sie als ein „Glaubensbekenntnis“ auftritt (Hayek 1960, 2, 85; Friedman 1962, 36, 38), das rational unbeweisbar ist (Hayek 1968, 3-5) und daher allein durch „Propaganda“ (Friedman 1962, 40ff.) annehmlich gemacht werden kann. Der Neoliberalismus stellt sich explizit in die Tradition der englischen (Edmund Burke) und deutschen (Historische Schule des Rechts: F. C. von Savigny) Gegenaufklärung, die sich 1790/1814 als Kritik der Französischen Revolution durch den „Nachweis des prinzipiell irrationalen, aus allgemeinen Maximen nicht deduzierbaren Charakters des in einer Volksgemeinschaft entstandenen und geltenden Rechtes“ (Weber: WL, 9) konstituierte.

Drittens: Die weder vernünftig aufzuklärende noch rational erkennbare Gesellschaft ist kein System „sozialer Physik“ (Comte), sondern ein Zusammenhang „unbewußter Verhaltensformen“, ein Kosmos „fest eingewurzelter Gewohnheiten und Überlieferungen“, ein Ganzes, das durch „nicht bewußt geschaffene Regeln und Konventionen“ gesteuert ist. Insofern ist die Gesellschaft ein Kosmos unbewußt wirkender, unaufklärbarer „Moralregeln“ (Hayek 1960, 78). Indem der Neoliberalismus dies setzt, stellt er sich in die Tradition des geisteswissenschaftlichen, sinnverstehenden Positivismus (vgl. Hayek 1952, 17-42): der Auffassung einer prinzipiell „ethisch irrationalen

Welt“ (Weber: WL, 505). Die neoliberale Freiheit beruht auf irrationalem Sinn, nicht auf vernunftgegründeter Moral.

Viertens: Der ethische Irrationalismus des Neoliberalismus impliziert, daß die Gesellschaft als Ganze nicht erkannt, daher vernünftig weder in ihrer Genese erinnert werden kann noch die vernünftig-utopische „Aussicht auf eine zukünftige Gesellschaft“ (Marx: MEW 26.3, 422) bietet. So ist der Neoliberalismus gesellschaftlich agnostizistisch, historisch erinnerungslos (vgl. Weber: WL, 17) und strukturell hoffnungslos. Die beiden Schlagworte vom „Ende der Geschichte“ und vom „Ende der Utopien“ erlangten mit dem neoliberalen Irrationalismus eine bewußtlose gesellschaftliche Selbstverständlichkeit.

Fünftens: Den Einzelnen bleibt, angesichts des bewußtlosen Ganzen, nur: „Konformismus“ (Hayek 1960, 78f.; vgl. Friedman 1962, 47f.). Die konformistische Gesellschaft kennt nur: Inklusion oder Exklusion, Freund oder Feind – sie ist strukturell xenophobisch. Unter dieser Voraussetzung ist der Andere entweder nützlich oder unnützlich. Adorno (1944/47, 171f.) hat einmal notiert: „>Wer nicht für mich ist, ist wider mich< war von jeher dem Antisemitismus aus dem Herzen gesprochen.“

Sechstens: Die neoliberal-konformistische Gesellschaft ist totalitär: weil sie auf einem konformen Glauben beruht, weil sie alles Fremde ausschließt. Totalitarismus bedeutet die „Gleichsetzung des Verschiedenen“ (Adorno 1944/47, 172) – die absolute Absage an einen „Zustand ... in dem man ohne Angst verschieden sein kann.“ (ebd. 131)

Siebtens: Der Konformismus ist entweder durch äußerlichen „Zwang“ sicherzustellen, oder er erfolgt durch den introjizierten Zwang eines „freiwilligen Konformismus“ (Hayek 1960, 28, 78f.). „Konformismus“ aber heißt: „Anpassung an unsere Umgebung“ (Hayek 1980, 27). Das neoliberale Individuum ist

insofern ein „autoritärer Charakter“ (Horkheimer et al. 1936). Es wähnt sich umso mehr als ein autonomes Individuum, je weniger es seine gesellschaftliche Vermittlung durchschaut (vgl. Adorno 1944/47, 197). Dieses Individuum ist der theoretische Ausgangspunkt des Neoliberalismus, für den Hayek (1952, 18ff., 33; 1968, 7) einen „methodologischen Individualismus“ reklamiert.

Achtens: Die ethisch irrationale, bewußtlose neoliberale Gesellschaft impliziert aber nicht die Unmöglichkeit, sondern nur die Begrenzung technischer Rationalität. Die Anpassung an die bewußtlose Gesellschaft, einen Kosmos „zweiter Natur“, erfolgt zunächst bewußtlos wie die Anpassung an eine „erste Natur“ (vgl. Hegel Bd. 12, 57), an eine Tatsachenwelt. Da der Gegenstand der Anpassung, die Gesellschaft, a priori unbekannt ist, erfolgt das Anpassungshandeln nach der Abfolge von Versuch und Irrtum, Konstruktion und Kritik (Popper 1984, 190ff., 243ff.). Die Freiheit des Einzelnen besteht darin, daß er nach den besten Mitteln suchen, daß er zwischen verschiedenen Mitteln wählen kann. Erst der Handlungserfolg zeigt, daß die Anpassung gelang. Das angepaßte Verhalten ist ein Handeln nach gesellschaftlichen Regelmäßigkeiten und insofern technisch rational. Wer erfolgreich handeln will, vermag dies mithin nicht nach einem kausalwissenschaftlich-technischen Wissen a priori, sondern muß den Erfolgreichen nachahmen (vgl. Hayek 1960, 74; 1980, 34f.).

Neuntens: Weil das Anpassungshandeln den Gegensatz von Inklusion und Exklusion, Freund und Feind impliziert, weil es jeden vernünftigen Konsensus ausschließt, richtet es sich – vor allen besonderen Zwecken – auf die Sicherung des eigenen Überlebens gegen feindliche Mitkonkurrenten. So ist das konformistische Verhalten ein „Kampf ums Dasein“ und impliziert: Sieg und Niederlage, soziale „Auslese“, „Überleben der Tüchtigs-

ten“ oder „selektive Ausmerzung“ (Hayek 1960, 34, 72-77). Eine strukturelle, gesellschaftliche Ungleichheit, verstanden als sozialbiologische Ungleichheit, prägt die neoliberale Gesellschaft (vgl. ebd. 106f.): diese ist dem Rassismus nicht entgegengesetzt. Die neoliberale Theorie recurriert in dieser Rücksicht explizit auf Darwins Theorie der Evolution als Entwicklung durch einen „Krieg der Natur“. Die neoliberale, konformistische Gesellschaft ist bestimmt durch einen bellum omnium contra omnes (vgl. Hayek 1980, 31-36; Popper 1984, 243ff., 258-262).

Zehntens: Die ökonomische Institution der konformistischen, auf individualistischer Freiheit und sozial-biologischer Ungleichheit beruhenden Gesellschaft ist der Wettbewerb als eine „spontane Ordnung“: als „Kampf ums Dasein“, als ein bellum omnium contra omnes zwischen „vereinzelt Einzelnen“ (Marx) um Sieg oder Niederlage, um die Aneignung knapper Güter oder den Ausschluß von knappen Gütern, um Leben und Tod. Der Wettbewerb fordert nun die Einhaltung von Regeln und den Vergleich. Die erste Regel lautet: Wettbewerb ist nur notwendig unter der Voraussetzung knapper Güter und nur möglich, wo kein Monopol existiert, wo kein Wettbewerber a priori den anderen dominiert, wo jeder versuchen kann, mit frei gewählten Mitteln zu siegen. Monopole, die jeden Wettbewerb verstellen, sind: der Interventionsstaat in Gestalt des Sozialstaates; Gewerkschaften, die eine Monopolmacht auf dem Arbeitsmarkt ausüben; Unternehmen. Das Medium des Vergleichs der Leistungen im Wettbewerb sind ökonomisch: Geld und Preis. Da um Sieg und Niederlage, um Überleben oder Ausmerzung gekämpft wird, gilt: das erstrebte Gut ist knapp – es sind nicht genügend Güter vorhanden, um alle Bedürfnisse zu befriedigen. Geld und Preis haben deshalb die Knappheit der Güter auszudrücken – und nicht die Macht von Monopolisten. Vor allem der Sozialstaat und die Gewerkschaften gel-

ten als destruktiv: weil sie intendieren, den Konsum über den Produktions-Zuwachs anzuheben, so daß Preise nicht länger die Knappheit von Gütern ausdrücken und eine Überkonsumtions-Krise resultieren muß. Generell richtet sich die Wettbewerbsordnung gegen die Form einer National-Ökonomie: alle nationalstaatlichen Setzungen wären Verletzungen der „spontanen“ Marktordnung. So impliziert die Politik-Ökonomie von Neoliberalismus und Monetarismus: die Liquidierung der Nationalökonomien in der ‚Globalisierung‘. Diese ist der politisch-ökonomische Ausdruck des neoliberalen Totalitarismus.

Elftens: Die neoliberal-monetaristische Politik-Ökonomie gilt wohl als eine „spontane“ im Unterschied zu einer „gemachten Ordnung“: als eine Wettbewerbsordnung im Unterschied zu einer staatlich zentral gesteuerten Ökonomie. Weil die neue Ordnung aber dem alten Staatsinterventionismus nachfolgt, muß sie staatlich konstituiert werden; weil die neue Ordnung der Setzung von Wettbewerbsregeln und deren Überwachung durch einen Spielleiter bedarf, muß sie staatlich in Funktion gehalten werden. Der neue Liberalismus verabschiedet die Lehre des alten Liberalismus von der Selbstregulierung des ökonomischen Systems. So ist die Ordnung der neuen Freiheit, paradox: eine gemachte und doch spontane, eine rational konstituierte und doch irrationale Ordnung. Die Konstitution der spontanen Ordnung fällt noch, als Konsequenz des Interventionsstaates, in die Kompetenz des Nationalstaates; die Funktionserhaltung der neuen Ordnung aber wäre, weil der Wettbewerb zur ‚Globalisierung‘ tendiert, die Aufgabe einer globalen Wirtschafts-Administration („global governance“).

Zwölftens: Weil der Neoliberalismus lehrt, Wirtschaft und Gesellschaft seien als Ganze unerkennbar und deshalb auch weder vernünftig einzurichten noch rational zu steuern, ist die neue Dogmatik ausdrücklich ohne ein

Wissen allgemeiner Systemkrisen des neoliberal-monetaristischen Kapitalismus und ohne eine Anleitung zu einer Überwindung von Systemkrisen (vgl. Hayek 1974). Krisen werden allein zurückgeführt: entweder auf den alten Interventionsstaat und die mit diesem verbundenen monopolistischen Gewerkschaften; oder auf personale oder kollektive Individuen. Die Krise besteht dann, nach neoliberalen und monetaristischem Verständnis, in einem defizitär finanzierten Überkonsum entweder von Empfängern sozialstaatlicher Leistungen, oder von Lohn- und Gehaltsempfängern, die gewerkschaftlich eine Steigerung der Einkommen oberhalb des Produktivitätszuwachses durchgesetzt haben; oder von Privatpersonen, die ihre Konsumwünsche durch übermäßige Kreditnahme finanziert haben. In jedem Falle wurde die Geldmenge stärker gesteigert als die Gütermenge, so daß Inflationen, die Erosion des Knappheitsgeldes, die Erosion des Wettbewerbs als Kampf um knappe Ressourcen resultierten. Der Neoliberalismus würdigt, durch das Dogma der Knappheit, nicht nur die ökonomische Lenkungsfunction des Konsums, sondern macht dadurch auch die Konsumenten für ökonomische Fehlentwicklungen verantwortlich. Die Krisenstrategie des Neoliberalismus und Monetarismus lautet entsprechend: Implementierung einer neoliberalen Marktordnung und einer monetaristischen Währungsordnung durch Zwang gegen die Unangepaßten – erzwungene Anpassung an die undurchschaubaren ökonomischen „Kräfte“ durch Reduktion des Konsums und der Steigerung der Produktion von Staaten, sozialen Klassen und einzelnen Wirtschaftsbürgern.

Dreizehtens: Weil der Neoliberalismus ein rationales Handeln nur als ein individualistisches Anpassungshandeln zuläßt, gilt ihm jeder Versuch einer vernünftigen Einrichtung oder technisch-rationalen Steuerung der Gesellschaft als Subsumtion der Gesellschaft

unter die Macht eines Einzelnen oder einer Gruppe: als Diktatur (Hayek 1960, 65ff.). Daher zieht Hayek eine Linie vom französischen Rationalismus des Descartes (um 1630) zur Französischen Revolution, zur dialektischen Sozialphilosophie Hegels und zur Kritik der Politischen Ökonomie von Marx, zum Marxismus nach Marx, zur Russischen Revolution, zum Keynesianismus und zum Nationalsozialismus. Der Nationalsozialismus ist, nach dieser – während des westdeutschen ‚Historikerstreits‘ um 1986/88 von namhaften Professoren für Neuere Geschichte wiederholten – Geschichtskonstruktion, nicht aus dem Kapitalismus (vgl. Horkheimer 1939, 115), sondern aus dem Sozialismus hervorgegangen.

Vierzehntens: Der Neo-Liberalismus steht in gegensätzlicher Einheit zum „Alt-Liberalismus“ (Müller-Armack) der Epoche der industriellen, gesellschaftlichen und politischen Revolutionen um 1800. Der klassische Liberalismus verhielt sich aufklärerisch, kritisch und revolutionär zur vorangegangenen Epoche des rationalen Absolutismus, des Handelskapitalismus und der Metaphysik: indem er die Herrschaft der überindividuellen Vernunft proklamierte. Die Vernunft garantierte, als eine transzendente und daher zugleich bewußtlos wirkende Macht, die Freiheit aller: Freiheit, Gleichheit, allgemeines Interesse, Weltbürgertum, „ewigen Frieden“, „Wealth of Nations“. Der Neoliberalismus hat, gegenaufklärerisch, die „List der Vernunft“ (Hegel: Bd. 12, 49) auf eine „List“ ohne „Vernunft“ reduziert: auf eine gesellschaftliche Irrationalität. Daher gilt ihm: daß keine Vernunft die Gesellschaft erkennen, vernünftig einrichten oder rational steuern kann, daß Freiheit in der Anpassung besteht, daß Ungleichheit die Gesellschaft prägt, daß die Gesellschaft ein Kosmos eines allgemeinen Durchsetzungskampfes ist. So wirft der Neoliberalismus alle humanen Ideen auf den Müllhaufen der Geschichte: christliche Nächs-

tenliebe, bürgerlichen Kosmopolitismus, sozialistische Solidarität. Gegen diesen neuen Liberalismus ist der alte nicht aufzurichten: weder als kritische Instanz noch als Lebenspraxis – weil eine Linie, durch eine ‚Dialektik der Aufklärung‘, vom alten zum neuen Liberalismus führt.

Fünftehtens: Angesichts des strukturellen Anti-Humanismus des Neoliberalismus ebenso wie des Monetarismus ist es keineswegs ein von der Dogmatik abweichendes Verhalten, daß die monetaristische Lehre wohl erstmals im Chile des Diktators Augusto Pinochets von chilenischen ‚Chicago-Boys‘ und – seit 1975 – mit persönlichem Einsatz Milton Friedmans implementiert wurde, der dadurch aktiv an einem System beteiligt war, das nicht nur auf Folter und Massenmord beruhte, sondern auch einen „ökonomischen Völkermord“ verübte (siehe: A. G. Frank 1974/76). Hayek erklärte 1981, als die neoliberale Mont-Pèlerin-Society in Santiago de Chile tagte, gegenüber dem medialen Sprachrohr der Diktatur, der Zeitung El Mercurio:

„Eine freie Gesellschaft benötigt eine bestimmte Moral, die sich letztlich auf die Erhaltung des Lebens beschränkt: nicht auf die Erhaltung allen Lebens, denn es könnte notwendig werden, das eine oder andere individuelle Leben zu opfern zugunsten der Rettung einer größeren Anzahl anderen Lebens. Die einzig gültigen moralischen Maßstäbe für die ›Kalkulation des Lebens‹ können daher nur sein: das Privateigentum und der Vertrag.“ (Hayek, 19. 4. 1981; zitiert bei: Plehwe, Walpen 1999, 230 f.)

Nach 1975 wurden Neoliberalismus und Monetarismus, angesichts der beginnenden und schnell sich vertiefenden Schuldenkrise der Dritten Welt, durch den IMF zwangsweise in den Entwicklungsländern – zuerst Lateinamerikas – gegen die Politik-Ökonomie der nationalen importsostituierenden Industriali-

sierung durchgesetzt, immer mit der Folge von tausenden, zehntausenden, hunderttausenden Toten. Die gegen den Staatsinterventionismus der Importsubstitution gerichtete und individualisierende Krisendiagnose des Neoliberalismus und Monetarismus erkannte die Ursache der Schuldenkrise in den ärmsten Ländern – in diesen selbst, im Überkonsum.

IV. Krise und neoliberalmonetaristische Strukturanpassung: Der Autoritarismus der europäischen Integration

Die um 1973 eingeleitete, vor allem aber nach 1986/87 (EEA) und 1992/93 (Vertrag von Maastricht) durchgesetzte neoliberalmonetaristische Integration des Europa der EG und EU, das seitdem seine Identität im monetaristisch definierten Euro und im neoliberal definierten Wettbewerb besitzt, ging aus der *Weltwirtschafts-Krisis um 1970/75* hervor und ist um *2007/12 selbst in eine Krise, die wiederum global ist*, geraten; deren Ende ist nicht prognostizierbar. Weil in der Krise die Einheit von Wirtschaft und Gesellschaft aufbricht, muß diese zwanghaft restituiert oder durch strukturelle Veränderung der gesellschaftlichen Welt in eine neue gesellschaftliche Identität transformiert werden. Für eine emanzipatorische Weltveränderung scheinen aber, in der neoliberalen Epoche des ‚Endes der Utopien‘, alle Voraussetzungen zu fehlen: keine auf Vernunft „gegründete Hoffnung“ (Kant: Bd. XI, 251) weist über die irrationale Ordnung der neuen Freiheit hinaus. *So wird der Autoritarismus der neuen Ordnung in der Krise manifest*. In der Krise setzt sich die kollektive Identität des Europa der Europäischen Union als eine irrationale Wirtschaftsethik durch, die durch eine ‚Dialektik der Aufklärung‘ aus der moralischen Vernunft des klassischen, revolutionären Liberalismus hervorging und nun eine dogma-

tisch-totalitäre Geltung beansprucht. So ist die paradoxe europäische Identität eines liberalen Kosmopolitismus transformiert in eine kollektiv-konformistische Identität, die in einem globalen Wettbewerbskampf um knappe Ressourcen scharf zwischen Freund und Feind unterscheidet. *Der interne Autoritarismus erscheint nach außen durch aggressive Exklusion*.

Die Länder des kapitalistischen Fortschritts hatten die neue Dogmatik nach dem Zusammenbruch des Weltwährungssystems von Bretton-Woods (1971/73) und nach der Weltwirtschaftskrise von (1975/81) zuerst als neue Weltwirtschaftsordnung und auch national (Großbritannien, nach 1979; USA, nach 1981, BRD, nach 1982) implementiert, zunächst noch sukzessiv und für große Teile der Bevölkerung so unmerklich, daß lange Zeit kein Bewußtsein von einer neuen Ordnung vorhanden war. Die gewaltsame Durchsetzung der repressiven Freiheit begann zuerst, während des Pinochet-Putsches (1973) und nach der Mexico-Krise von 1982, in den Entwicklungsländern (*Dritte Welt*); nach dem Zusammenbruch des autoritären Staatssozialismus wurde die neue Freiheit den Transformationsländern (*Zweite Welt*) mit erheblichem Druck empfohlen. Erst während der gegenwärtigen globalen Krise muß nun die *Erste Welt* die ökonomische Gewalt massiv gegen sich selbst richten.

Das trifft freilich nicht alle Nationen des europäischen Wettbewerbs-Kapitalismus und der Euro-Gruppe, auch nicht alle gesellschaftlichen Klassen, gleichermaßen: Neoliberalismus und Monetarismus fordern nicht Gerechtigkeit und Gleichheit, sondern *gesellschaftliche Ungleichheit*. Diese erscheint in dem *Paradoxon der europäischen Integration*: zwar ist eine *transnationale* Währung, zwar ist ein *transnationaler* gemeinsamer Markt implementiert, zwar fordern die neoliberale Markt- und die monetaristische Geld-

Ordnung eine Vereinheitlichung von Politik, Ökonomie und Gesellschaft durch Subsumtion aller Politik-Bereiche unter den Wettbewerb – aber dieses Telos der De-Regulierung hat bislang weder zur Eliminierung aller *nationalstaatlich unterschiedenen Regelungen* der Ökonomien, also nicht zur vollständigen Liquidierung der Nationalökonomien geführt, noch zur Aufhebung aller *nationalen* Administrationen in eine europäische Administration, für die die supranationalen Organe der EU vorerst nur ein unvollkommenes Substitut sind. So spaltet die Krise die teils erheblich integrierte, teils nicht integrierte EU und befördert die neoliberale Diagnose: daß die fortexistierenden *Nationalstaaten* die Verursacher der deshalb *nationalökonomischen* Krisen sind.

So konnte *in der Krise* die *Ungleichheit der kapitalistischen Entwicklung* innerhalb der Euro-Zone, die schon während der Krisis zwischen 1979 und 1987 zu mehrfachen Wechselkurs-Korrekturen im Rahmen des Europäischen Währungssystems (EWS) zwang, wieder sichtbar aufbrechen. Das ist kein Zufall: Besteht eine *kapitalistische Systemkrise* in einer Entwertung von überproduziertem Kapital, dann erzwingt sie eine *Rationalisierung der Produktion*, eine Steigerung der Produktivität, entweder durch eine Rationalisierung der Arbeitsorganisation oder durch einen verstärkten Einsatz von technischen Produktionsmitteln (Produktion relativen Mehrwerts). So sind zunächst die kapitalistisch *fortgeschrittenen Nationalökonomien, in der Krise, in einem Konkurrenzvorteil*. Sodann sind diese Nationalökonomien, aufgrund ihres hohen Standes der Akkumulation, eher in der Lage, *Rationalisierungs-Investitionen vorzunehmen* als relativ unterentwickelte Ökonomien. Vor allem aber können die Nationen des kapitalistischen Fortschritts, aufgrund ihres Konkurrenzvorteils und auf Grundlage einer Gemeinschaftswährung, *ihre national-ökonomische Krise – mit den Worten von*

Keynes – über Exportüberschüsse auf die Nachbarn verlagern, deren Konsum als zu hoch, deren Produktionsleistung als zu niedrig erscheint. Freilich negiert der Neoliberalismus diesen strukturellen Zusammenhang, indem er das Ganze als zum Unerkennbaren erklärt. Die relativ unterentwickelten Nationalökonomien können ihren Konkurrenznachteil also nur kompensieren durch Verlängerung der Arbeitszeiten und Senkung der Reallöhne (Produktion absoluten Mehrwerts). In der Krise manifestiert und verschärft sich der ungleiche Stand im kapitalistischen Fortschritt. – Das erscheint in der *ungleichen Kreditwürdigkeit der Euro-Staaten*. Während bis 2008/09 alle Euro-Staaten für Staatsanleihen etwa gleiche Zinsen zu zahlen hatten, sind die Zinssätze der ökonomisch fortgeschrittenen Euro-Staaten weiterhin niedrig, während die der weniger entwickelten Staaten über zehn, teils über 20% betragen. Dieser Abstand der Zinssätze verweist auf *gravierende Verletzungen* von mindestens zwei (gesamter öffentlicher Schuldenstand höchstens 60% des BIP; Stand des „durchschnittlichen Normalzinssatzes“ höchstens 2% über dem Satz der höchstens drei preisstabilsten Mitgliedstaaten), wenn nicht drei (zusätzlich: öffentliches Defizit: höchstens 3% des BIP) der vier *Maast-richt-Kriterien* durch bedeutende der weniger entwickelten Euro-Staaten. Da die Einhaltung dieser Kriterien die Stabilität der Gemeinschaftswährung sichern sollte, bedeutet die Nichteinhaltung durch mehrere Euro-Staaten: eine *Krisis des Euro*. Die drei großen Rating-Agenturen der USA: Standard& Poor's, Moody's und Fitch, die ihre Gebühren von den bewerteten Staaten erhalten und von der US-Börsenaufsicht kontrolliert werden, bewerten die Sicherheiten der weniger fortgeschrittenen verschuldeten Euro-Staaten immer geringer und heben dadurch die Zinssätze der entsprechenden Staatsanleihen immer weiter an, so daß sich nicht nur die *Finanzkrise der betroffenen Staaten* bis hin zur drohenden

Zahlungsunfähigkeit verschärft, sondern damit auch die *Stabilität des Euro und der Ökonomien der Euro-Staaten gefährdet ist*.

So sind die *Nationen der Euro-Zone* zuerst von der Krise und der Krisenpolitik betroffen, die einst – 1973, 1981 und 1986 – im Stand einer relativen ökonomischen Unterentwicklung in die Europäische Gemeinschaft eintraten: Irland, Griechenland, Portugal, Spanien. Daher sind vor allem *abhängig Beschäftigte und Empfänger sozialstaatlicher Leistungen* durch Arbeitslosigkeit von der Krise und – mehr noch – von der neoliberal-monetaristischen Krisenpolitik betroffen: denn Sozialstaat und Gewerkschaften gelten dem neuen Liberalismus als Verursacher einer Überkonsumtionskrise, ausgelöst durch übermäßige Konsumansprüche („Gier“). Die neoliberal-monetaristische *Krisenpolitik* vermag, aufgrund des gesellschaftlichen Analphabetismus der Dogmatik, die Krisenursache nicht in ökonomischen Strukturen zu erkennen, sondern rechnet diese *individualisierend* allein kollektiven und personalen Subjekten zu: den Krisenstaaten vor allem und in diesen den Empfängern sozialstaatlicher Leistungen. So bewegt sich die strukturell blinde Krisenpolitik im Zirkel eines beständig *reproduzierten Krisenprozesses, der die gesellschaftlichen Gegensätze vertieft und fixiert*. Dieser gesellschaftliche, politisch-ökonomische *Analphabetismus* ist institutionell ausgedrückt in einem schlichten Sachverhalt: trotz der erheblichen Kompetenzen der EU-Organen gibt es *keine europäische Administration*, die der *transnationalen* Markt- und Währungsordnung entspreche.

Die spätestens 2007 einsetzende, gegenwärtig fortdauernde *Krise* hat, nach neoliberaler Selbstverständnis, folgenden *Verlauf* genommen (ausführlich: Stapelfeldt 2009b, 640-686):

Die Krise begann unmittelbar auf dem *Hypothekenmarkt der USA*. Aufgrund einer Absenkung des US-Leitzinssatzes durch die Federal Reserve unter die Inflationsrate stiegen Kreditnahmen zu variablen Zinssätzen nicht nur von Mittelschicht-, sondern auch von Unterschicht-Bürgern mit mangelhafter Bonität, die das aufgenommene Geld zum Kauf oder Bau von Immobilien verwendeten. Hypothekenbanken gewährten diese Kredite, weil bei Zahlungsunfähigkeit der Schuldner die Immobilie als Sicherheit verfügbar war. Um an diesem Geschäft weiter teilnehmen zu können, umgingen die Banken die Auflagen zur Mindestreserve, indem sie vor allem die Subprime-Kredite verbrieften: also an eine neu gegründete Zweckgesellschaften – mit Sitz in unkontrollierten ‚Steueroasen‘ – verkauften, die wiederum jene Kreditforderungen als Sicherheiten für neu ausgegebene Wertpapiere führten. So wurden Schulden durch Schulden gedeckt. Als aber 2006 die Leitzinssätze über die Inflationsrate stiegen, erwiesen sich einige Millionen Schuldner als zahlungsunfähig und wurden obdachlos. Weil zudem, aufgrund des Baubooms, die Immobilienpreise drastisch gesunken waren, entfielen die ausreichenden Sicherheiten der Kredite. Hypotheken-Kredite und Hauswerte in Höhe von 8 Bio. US-Dollar lösten sich in ein Nichts auf. Die Folgen waren: Abschreibungen von Krediten in Höhe von mehreren Mrd. Dollar; Konkurs-Gefahr bei den größten US-Hypothekenbanken; Konkurs der Investmentbank Lehman Brothers am 15.9.08. Es folgte ein weit über die USA hinausgehender Zusammenbruch des Interbanken-Handels mit Wertpapieren und Krediten. Weil seit dem Ende des Bretton-Woods-Systems die Geschäftsbanken sich weitgehend selbst auf den Finanzmärkten refinanzieren, erweiterte sich die Krise zu einer *globalen Krisis des Weltfinanzsystems*.

Durch die Krise des globalen Kreditsystems mußte alsbald der Industrie- und

Dienstleistungs-Kapitalismus betroffen werden. Denn die entsprechenden Unternehmen finanzieren ihre Rationalisierungen ebenso wie Fusionen durch Kredite. Da zudem Konsumenten den Kauf von Waren und Dienstleistungen – vom Fernseher bis zum PKW – regelmäßig durch Kredite finanzieren, diese aber immer knapper und teurer wurden, mußte der Absatz ins Stocken geraten. Die Finanzkrise verallgemeinerte sich zu einer *Welt-Wirtschaftskrisis*.

Die Krisis resultierte endlich in einer globalen *Krise der Staatsfinanzen*, die manche Länder an den Rand der Zahlungsunfähigkeit trieb. Denn einerseits sinken in der Krise die Steuereinnahmen aufgrund von Unternehmens-Konkursen und steigender Arbeitslosigkeit, andererseits steigen die Sozialausgaben angesichts der Zunahme von Arbeitslosigkeit und relativer Armut. Vor allem aber kommt dem neoliberalen Staat in der Krise die Aufgabe zu, das ökonomische System insgesamt als Wettbewerbs-Kapitalismus mit Knappheitspreisen wiederherzustellen. Darum haben die betroffenen Staaten mit Stützungsmaßnahmen in bislang ungekannter Größenordnung einerseits die Banken vor dem Konkurs gerettet, um das Kreditsystem zu erhalten, und andererseits Industrie- und Dienstleistungsunternehmen durch Konjunkturprogramme sowie den privaten Verbrauch gestützt. Durch diese Maßnahmen verwandelte sich die Finanz- und Wirtschaftskrise in die allgemeine Krise von Staatsfinanzen: in eine erhebliche Neuverschuldung, in einen rapiden steigenden Stand der öffentlichen Gesamtverschuldung. Wird die Fähigkeit der Schuldenstaaten, ihrem Schuldendienst nachzukommen, endlich zweifelhaft, ist also die Kreditvergabe an diese Staaten mit erheblichen Risiken verbunden, steigen die Zinssätze der Staatsanleihen und treiben die Schuldner immer schneller und tiefer in die Krise der Staatsfinanzen.

Diese *Krise der Staatsfinanzen* erscheint, nach neoliberalen Selbstverständnis, insofern als *Kern der ökonomischen Krisis*, weil die „spontane Ordnung“ des Marktes staatlich gegen den alten Staatsinterventionismus konstituiert und sodann administrativ in Funktion gehalten werden muß. Gerät der neoliberale Staat in die Krise, so auch die neoliberale Ökonomie.

Schließlich muß diese Krise der Staatsfinanzen dann, wenn der Staat – wie nach dem Ende des Bretton-Woods-Systems üblich – sich außerhalb seines Währungsgebietes auf den Finanzmärkten bei Geschäftsbanken, Versicherungen und Fonds verschuldet, in eine *Währungskrise* übergehen. Denn die Schuld bedeutet eine Steigerung der Geldmenge über das Wachstum der produzierten Güter und Dienstleistungen hinaus, so daß der Währung keine entsprechende Wirtschaftsleistung gegenübersteht. Der relative Wert der Währung verfällt auf dem Binnen- wie auf dem Weltmarkt.

Weil die Staaten bei Geschäftsbanken verschuldet sind, geht die *Krise der Staatsfinanzen* in eine neue *Krisis des Welt-Finanzsystems* über. Hielten, am Ausgang der Krise, die Geschäftsbanken Wertpapiere, in denen Forderungen an insolvente private Schuldner enthalten waren, so halten sie nun Anleihen von Staaten, die nahe der Zahlungsunfähigkeit sind. Es beginnt eine neue Runde der Finanzkrise als Bankenkrise. – Im Euro-Raum sind erste Banken, wie die belgisch-französische ‚Dexia‘, 2008 durch massive staatliche Stützungen vor dem Konkurs bewahrt, nunmehr erneut in Konkurs-Gefahr und bedürfen wiederum staatlicher Stützungen: weil sie griechische Staatsanleihen (Dexia: in Höhe von 3,8 Mrd. Euro) halten (HA, 5.10.11, S. 21). Die ‚Dexia‘ ist nun gespalten worden: Der belgische Staat übernimmt das belgische Geschäft – Versicherungen, Kredite oder die Kontenführung für insgesamt ein

Drittel der belgischen Bevölkerung. Das Geschäft der ‚Dexia‘ in Frankreich wird teilweise von der französischen Postbank übernommen. Risikoreiche Wertpapiere der ‚Dexia‘ sind auf eine ‚Bad Bank‘ ausgelagert worden; der Wert der Papiere wird zehn Jahre lang von Belgien und Frankreich garantiert (FR, 11.10.11, S. 15). – Der Fall der ‚Dexia‘ hat unmittelbar eine Diskussion der Finanzminister der Euro-Staaten und der G20 (Konferenz am 15.10.11) ausgelöst: über die sich anbahnende allgemeine Krisis der Geschäftsbanken, die erhebliche Anleihen hochverschuldeter Staaten halten, und dadurch das gesamte Finanzsystem in die Krise treiben können. Die US-Rating-Agenturen haben im Oktober 2011 bereits die Herabstufung der Bonität von internationalen Großbanken wie der Deutschen Bank, der Société Générale, Barclays, Crédit Suisse, Goldman Sachs und Morgan Stanley angekündigt (HA, 15./16.10.11, S. 25).

Diese erneute Finanzkrise wäre wiederum der Ausgangspunkt für eine *Wirtschaftskrise*: seit Juli/August 2011 sinken die Aktienindizes an den grossen Börsen erheblich; der US-Präsident hat bereits (September 2011) ein neues Konjunkturprogramm in der Größe von mehr als 300 Mrd. US-\$ angekündigt.

Die Folge solcher Maßnahmen wäre eine weitere Runde der Staatsverschuldung: der *Krise der Staatsfinanzen*. Die ‚Dexia‘-Krise vertieft die Verschuldung des ohnehin hoch verschuldeten Belgien. Die *Krise entwickelt sich zur Spirale*: ein Ausweg ist nicht erkennbar.

Indes wird, in EU und näher in der Euro-Gruppe, dieser Ausweg beschritten: die Staaten mit einem fortgeschrittenen „Wettbewerbs-Kapitalismus“ stützen nun die am Rand der Zahlungsunfähigkeit befindlichen Staaten, nachdem sie bereits die Krise des Finanzsystems und die Wirtschaftskrise mit erheblichen Mitteln abgefedert hatten. Sind

aber die hochverschuldeten Staaten aber auch durch hohe Stützungszahlungen nicht zu ‚stabilisieren‘, müssen erneut die Gläubigerbanken gestützt werden. Die *Krisen-Spirale* erhält hier ihren konsequenten Ausdruck: die *Finanzkrise des neoliberalen Staates wird durch den neoliberalen Staat kompensiert* und dadurch verallgemeinert: was wird passieren, wenn Kreditgarantien für hochverschuldete Staaten einzulösen sind?

Da Neoliberalismus und Monetarismus auf dem Dogma beruhen, Wirtschaft und Gesellschaft seien als Ganze aufgrund ihrer hohen Komplexität unerkennbar, haben sie *keinen Begriff für eine Systemkrise des „Wettbewerbs-Kapitalismus“* (vgl. Hayek 1974, 386-389). Die gesellschaftliche Genesis der Krise liegt außerhalb der Erfahrung des erinnerungslosen Neoliberalismus. So muß die Krise individualistisch und als Abweichung von Wettbewerb und Knappheits-Geld expliziert werden: sie muß zurückgeführt werden auf Monopole von Staat, Gewerkschaften und – weniger deutlich – auch von Unternehmen; sie muß als Konsequenz eines defizitär – eben durch Verschuldung – finanzierten Überkonsums aufgefaßt werden. Entweder also kann die *Krise erklärt werden* als Ausdruck einer noch *unzureichenden De-Regulierung*, eines noch nicht ausreichend liquidierten Sozial- und Gewerkschafts-Staates. Oder sie kann erklärt werden durch *überschießende, kreditfinanzierte Konsumansprüche* von Wirtschaftsbürgern, Unternehmen oder korrupten sowie populistisch agierenden Staatsbürokratien: durch „Gier“ als Abweichung vom modellkonformem, wirtschaftsethischem Verhalten. Das System als Ganzes, lautet das neoliberal-monetaristische Dogma, ist – bei idealtypischer Implementierung – widerspruchs-, also krisenfrei.

Aus beiden *neoliberalen Erklärungs-Möglichkeiten* resultiert die allgemeine *neoliberale Strategie zur Krisenüberwindung*. Liegt

die Aufgabe einer Konstitution und Funktions-sicherung der „spontanen Ordnung“ des Marktes beim Staat, so hat dieser die Krise einerseits – als Interventionsstaat – wesentlich verursacht und muß sie andererseits durch die Transformation in einen neoliberalen-„organischen“ Staat beheben: er muß die Politik-Ökonomie de-regulieren und neoliberal re-regulieren. Der Imperativ lautet mithin: Anpassung an die Strukturen des prinzipiell krisenfreien Wettbewerbs-Kapitalismus. Auf dessen Krise antworten Neoliberalismus und Monetarismus mit der kategorischen Forderung: absolute Implementierung des Modells der ‚spontanen Ordnung‘ und des Knappheitsgeldes. So wird die Krise durch den gesellschaftlichen „Anti-Rationalismus“ hoffnungslos verschärft. Die allgemeine übersetzt sich in eine Fülle besonderer Strategien der Krisenbewältigung: Herstellung oder Wiederherstellung von Wettbewerb und Knappheits-Geld: durch De-Regulierung der Ökonomie, also durch Reduktion von sozialstaatlichen Leistungen und Gewerkschafts-Rechten, durch Privatisierung von Staatsunternehmen und öffentlichen Dienstleistungen; durch Ausgleich des Staatshaushalts; weiter durch Reduktion der Konsumansprüche: durch Reduktion privater Einkommen (Löhne und Gehälter), durch Reduktion der öffentlichen Verschuldung; durch Förderung und Steigerung der Produktion (Arbeit). Da, nach Hayek, die freie Gesellschaft entweder durch „freiwilligen“ oder durch äußerlich erzwungenen „Konformismus“ integriert ist, die Krise aber den Mangel des „freiwilligen Konformismus“ belegt, können die Maßnahmen der Krisenüberwindung nur durch äußerlichen „Zwang“ realisiert werden.

Diese Strategien zur Überwindung der Schuldenkrise von Staaten deuten eher auf eine *Reproduktion und Vertiefung der Krise* als auf eine Überwindung. Befinden sich die Schuldnerstaaten in einer Krise: weil sie erst den Bankensektor, dann die Wirtschaft gestützt

haben, weil zudem in der Krise Steuereinnahmen sinken und Sozialstaatsausgaben steigen, dann werden durch den Imperativ des Ausgleichs des Staatshaushalts (Senkung sozialstaatlicher Leistungen; Privatisierungen; Massenentlassungen aus dem öffentlichen Dienst) die Nachfrage auf dem Binnenmarkt restringiert, das Wirtschaftswachstum weiter beschnitten, die Steuereinnahmen zusätzlich reduziert und noch vorhandene sozialstaatliche Leistungen gesteigert.

Nun kann, im Zeitalter des globalisierten neoliberal-monetaristischen Kapitalismus, die Krisenbewältigung nicht länger nur nationalstaatlich erfolgen, sondern nur durch eine *globale Administration*, die den erodierenden Wettbewerb und die entsprechende Währungsordnung funktionsfähig erhält. Der damalige britische Premierminister Gordon Brown schlug ein neues Bretton-Woods-Abkommen vor. Die G20-Staaten haben die notwendige Re-Regulierung der Ökonomie bislang nur höchst zaghaft auf nationalstaatlicher, regionaler (EU) und auch globaler (IMF, WTO, Weltbank) Ebene versucht. Die Bedenken gegen eine Re-Regulierung sind unübersehbar: entweder wird diese global durchgeführt, oder sie versetzt Nationalstaaten und regionale Wirtschaftszusammenschlüsse in einen Konkurrenznachteil. Aus der Perspektive des EU-Europa forderte die idealtypische Implementierung einer transnationalen Administration, analog zur Aufhebung der Nationalökonomien in einen globalen neoliberal-monetaristischen Kapitalismus, eine Aufhebung der nationalen Administrationen in eine erst europäische, dann eine globale neoliberale Administration. Diese Perspektive einer nicht kosmopolitischen, sondern neoliberalen Aufhebung der Nationalstaaten wird jedoch nirgends ernsthaft erwogen.

So ist der Neoliberalismus *ohne Bewußtsein* einer Systemkrise und *ohne transnationale Institution*, die einer Systemkrise begegnen

könnte: weder die Organe der EU, noch IMF, IBRD und WTO können diese Aufgabe übernehmen.

Die *globale Krise* begann in den *Vereinigten Staaten von Amerika* und hat sich dort schnell zu einer Finanz- und Wirtschaftskrise sowie einer Krise der Staatsfinanzen entwickelt, die Zusammenbruchsszenarien nahelegt; im Juli/ August 2011 drohte dem Land die Zahlungsunfähigkeit. Von den USA ausgehend, waren bereits 2008 alle Länder *Europäischen Union* von der Krise betroffen: zunächst als *Krise des Finanzsystems*, bald auch als *Wirtschaftskrise* mit einem tiefen Verfall der Raten des Wirtschaftswachstums und einer schnell ansteigenden offenen oder verdeckten Arbeitslosigkeit, dann als *Krise der Staatsfinanzen*, mit einiger Verzögerung endlich als Währungskrise: als *Krise des Euro* – der 17 Staaten der Euro-Gruppe. Mit der Krise der Staatsfinanzen und der Währungskrise ist die Krise nach neoliberaler Dogmatik auf ihrem Höhepunkt: weil der Staat – auch als globale Administration – die „spontane Ordnung“ des Marktes zu konstituieren und in Funktion zu halten hat. Die Krise der Staatsfinanzen muß schon deshalb als global betrachtet werden, weil sie die führenden kapitalistischen Nationalökonomien prägt.

Die *Vereinigten Staaten von Amerika* sind durch die gegenwärtige Krise ihrer Staatsfinanzen an den Rand der Zahlungsunfähigkeit gelangt: Die vom Kongress festgesetzte Schuldengrenze 14,289 Billionen Dollar wurde am 1./2. August 2011 erreicht. Betrug die öffentliche Gesamtverschuldung der USA bis 1981 (Beginn der Amtszeit R. Reagans) 1,0 Bio. \$, so stieg die Schuld insbesondere unter George W. Bush (2001-2009) durch Kriegseinsätze und Steuersenkungen für Reiche um 6,1 Bio. \$ und dann unter B. Obama um 2,4 Bio. \$ für Programme zur Stützung des Banken- und Versicherungssystems sowie der Konjunktur (SZ, 2.8.11, S. 7). Die

Gesamtschuld von 14,3 Bio. \$ entspricht 98,3% des US-BIP. – Um die Zahlungsunfähigkeit zu vermeiden, bedurfte es nun eines Kompromisses zwischen dem Präsidenten und den Demokraten einerseits, die teilweise am Vorbild der New-Deal-Politik festhalten, den Republikanern und hier besonders der Hayek als Prophet verehrenden ‚Tea-Party-Bewegung‘ andererseits. Während die orthodoxen Republikaner die neoliberale Forderung, den ‚Überkonsum‘ der Empfänger sozialstaatlicher Leistungen (Sozialhilfeempfänger, Rentner, Kriegsveteranen) sowie der Staatsangestellten zu reduzieren, gläubig vertreten, fordern die Demokraten die Beteiligung vor allem der Einkommens- und Vermögens-Millionäre an der Bewältigung der Schuldenkrise des Staats. – Der am 1./2.8.11 erzielte und vom US-Kongress gebilligte Kompromiß sieht nun, in Kürze, vor (siehe: SZ, 2.8.11, S. 7; HA, 2.8.11, S. 4; FAZ, 3.8.11, S. 11): Der Kreditrahmen des Bundesstaates wird in zwei Schritten bis zum Ende des Jahres 2011 um 2,1 Bio. \$ auf 16,4 Bio. \$ angehoben, um die vom Kongress bereits beschlossenen Maßnahmen zu finanzieren; für zusätzliche Ausgaben steht das Geld nicht zur Verfügung. Im Gegenzug sollen im Bundeshaushalt in den nächsten zehn Jahren 2,1 bis 2,4 Bio. \$ eingespart werden. Während die Social Security (Mindestrente) und Medicaid (Krankenversicherung für Arme) vorläufig unangetastet bleiben, wird Medicare (Krankenversicherung für Senioren) voraussichtlich später gekürzt. Die Militärausgaben werden um 350 rd. \$ gesenkt. Eine von Republikanern und Demokraten, von Senatoren und Abgeordneten paritätisch besetzte Kommission (Special Committee) soll bis November 2011 (Beginn des Haushaltsjahres) weitere Sparmaßnahmen erarbeiten. Die Demokraten konnten den Plan, die Reichen durch Steuern und eine Reduktion von Abschreibungsmöglichkeiten am Schuldenabbau zu beteiligen, nicht durchsetzen. So scheint es, als ob die Programme zur Behebung der Ban-

ken- und Wirtschaftskrise wesentlich durch Sparmaßnahmen für Empfänger sozialstaatlicher Leistungen finanziert werden. Obwohl dies der neoliberalen Logik entspricht, hat die Rating-Agentur Standard&Poor's am 5.8.11 die Kreditwürdigkeit der USA von der Bestnote (AAA) um einen Grad (auf AA+) herabgestuft. Die Zahlungsfähigkeit der immer noch weltweit führenden Nationalökonomie wird erstmals, wenn auch leicht, angezweifelt – ein Vorgang mit hoher symbolischer und deshalb auch ökonomischer Bedeutung.

In der *Europäischen Union*, vor allem in der Euro-Gruppe, hat sich spätestens 2010 die Finanz- und Wirtschaftskrise zu einer Krise der Staatsfinanzen und einer Währungskrise entwickelt. Aufgrund von Stützungsmaßnahmen zugunsten des Bankensystems und der privaten Wirtschaft, aufgrund der Wirtschaftskrise mit sinkenden Steuereinnahmen und zunehmenden Ausgaben zur Abfederung von Arbeitslosigkeit und Armut sind in mehreren Euro-Staaten die öffentliche Neuverschuldung sowie die öffentliche Gesamtverschuldung so stark gestiegen, daß die Fähigkeit dieser Staaten, ihrem Schuldendienst nachzukommen, zweifelhaft geworden ist.

Die *Euro-Staaten* weisen im Jahre 2011 sehr unterschiedliche Ausprägungen der Krisenphänomene auf (siehe: HA, 14.7.11, S. 23). Die Differenzen auf der Ebene der Wirtschaftskrise sind noch moderat: das Wirtschaftswachstum liegt zwischen 4,9% (Estland), 2,6% (Deutschland) und 0,6% (Irland); nur Portugal (- 2,2%) und Griechenland (- 3,5%) weisen signifikante Abweichungen auf. Deutlich sind aber die Differenzen der öffentlichen Neuverschuldung in Prozent des BIP: diese beträgt zwischen 0,6% in Estland, 1% in Finnland und 2,0% in Deutschland einerseits, 6,3% in Spanien, 9,5% in Griechenland und 10,5% in Irland. Ebenso deutlich sind die Differenzen bei der öffentlichen Gesamtverschuldung: diese be-

trägt zwischen 6,1% in Estland und 17,2% in Luxemburg einerseits, sodann 82,4% in Deutschland sowie 84,7% in Frankreich, aber 101,7% in Portugal, 112% in Irland und 157,7% in Griechenland. Freilich ist nicht so sehr die Höhe der Schulden entscheidend, sondern die Fähigkeit der Staaten, ihrem Schuldendienst (Rückzahlungen, Zinszahlungen) nachzukommen. Da die großen Rating-Agenturen diese Fähigkeit vor allem bei Griechenland, Irland und Portugal sehr pessimistisch bewerten und entsprechende Anlagen als ‚extrem spekulativ‘ bewerten, steigen die Zinsen für Staatsanleihen dieser Krisenstaaten stark an und vertiefen die Krise der Staatsfinanzen; neuerdings (Juni/August 2011) gelten auch die Staatsanleihen Spaniens und Italiens als höchst risikoreich.

Als Folge wurde die Kreditwürdigkeit dieser Länder auf den Finanzmärkten durch Rating-Agenturen deutlich herabgestuft, so daß sie für Staatsanleihen hohe Zinsen zahlen müssen, die wiederum ihre Schuld weiter erhöhen. Die Zinssätze für Staatsanleihen mit zehnjähriger Laufzeit lagen im November 2010 bei portugiesischen Papieren bei 6,9%, bei deutschen Titeln aber bei 2,7%, also etwa auf der Höhe der Inflationsrate (HA, 26.11.10, S.25); im März 2011 war der Zinssatz für portugiesische Anleihen schon auf 7,80%, für spanische Anleihen dagegen auf nur 5% gestiegen (HA, 25.3.11, S.25); im Mai 2011 lag der Zinssatz für griechische Staatsanleihen mit zweijähriger Laufzeit bei 25% (HA, 25.5.11, S.23), im Juli 2011 der entsprechende Zinssatz für irische Staatsanleihen 14,1%; Anfang August 2011 ist der Zinssatz für spanische Staatsanleihen mit zehnjähriger Laufzeit auf 6,45%, für entsprechende italienische Staatsanleihen auf 6,25% gestiegen (FAZ, 3.8.11, S. 9). Die Schuld jener Länder bestand lange vor allem gegenüber deutschen Großbanken, die am 31.3.2010 Staatsanleihen von 13 Mrd. € hielten (HA, 26.11.10, S.25). Das Gesamtvolu-

men an Schuldtiteln Griechenlands, Irlands, Portugals und Spaniens bei deutschen Banken betrug zum genannten Datum insgesamt etwa 75 Mrd. €: bei der Hypo Real Estate 35,5 Mrd. €, bei Deutscher Bank, Commerzbank, DZ-Bank und LBBW jeweils sieben bis acht Mrd. € (ebd.). Französische Banken halten Schuldtitel dieser Staaten in noch größerem Umfang. Im Zuge der Interventionen der EU (Euro-Gruppe; EFSF; EZB; IMF) befinden sich nun etwa ein Drittel der griechischen Staatsanleihen in den Händen dieser Institutionen (SZ, 18.5.11, S. 18).

Besonders betroffen sind also die Nationen, die einst als *unterentwickelte Länder* einer Gemeinschaft beitraten, die ursprünglich aus ökonomisch relativ gleich entwickelten Nationen bestand: Irland, jahrhundertlang Englands Kolonie, war 1973 das erste unterentwickelte Mitglied der EG; Griechenland hatte 1981 die Folgen der Militärdiktatur von 1967/74 zu überwinden; Spanien und Portugal trugen 1986 an den Konsequenzen jahrzehntelanger Diktaturen, die große Teile beider Länder fast im mittelalterlichen Zustand gehalten hatten. So hatten diese Länder nach 1973/81/86 – mit starker finanzieller Unterstützung durch die EG – erhebliche Investitionssummen für eine nachholende Modernisierung aufzubringen. Daß diese Länder die Maastricht-Kriterien erfüllt hatten, konnte vor der Euro-Einführung nur mit einigem guten Willen und statistischen Tricks behauptet werden; das war bei anderen Ländern wie Italien, Belgien und Deutschland aber nicht wesentlich anders. Mit dem Beitritt der Länder Mittel- und Osteuropas zur EU (2004/07) erhielten jene vier Länder, vordem die ‚Billiglohnländer‘ der Union, zudem Konkurrenz durch Länder mit noch niedrigerem Lohnniveau.

Besonders betroffen sind die *sozialen Klassen*, die dem Neoliberalismus und dem Monetarismus als Verursacher einer Überkonsum-

tionskrise gelten: abhängig Beschäftigte sowie Empfänger sozialstaatlicher Leistungen wie Arbeitslose und relativ Arme. Besonders betroffen sind diese Klassen in Griechenland, Portugal, Irland und Spanien. Gegen sie vor allem richten sich die ‚Sparprogramme‘, die die EU-Institutionen den Krisenstaaten auferlegen. Der Europäische Rat hat am 25.3.2011 bekräftigt: Löhne sollen nur in Übereinstimmung mit der Produktivitätsentwicklung steigen; aufgrund der demographischen Entwicklung soll allgemein das Renteneintrittsalter steigen (HA, 26./27.3.11, S.25). – Weil Neoliberalismus und Monetarismus über kein *Bewußtsein einer Systemkrise* verfügen, individualisieren sie die Krisenursache und erkennen diese in den Resten des alten Interventions-, also Sozial- und Gewerkschaftsstaates einerseits, sowie in überschießenden, gierigen Konsumansprüchen von Wirtschaftsbürgern andererseits. So werden weitgehend die Opfer von Strukturkrisen als deren Verursacher denunziert: sie hätten ‚über ihre Verhältnisse gelebt‘, sich eben nicht dem logos der spontanen Ordnung entsprechend verhalten. Daher müssen sie nun gewaltsam zum ökonomischen Konformismus, also zur Konsumreduktion und zu steigender Arbeitsleistung gezwungen werden. Das ist die Strategie der neoliberal-monetaristischen *Politik zur Behebung der Finanzkrise der Staaten*.

Die Länder des kapitalistischen Fortschritts innerhalb der *Euro-Gruppe* (EAMS: Euro Area Member States) begannen während der Finanzkrise Griechenlands 2009/10, Maßnahmen zur Stabilisierung der Gemeinschaftswährung gegen die in einer tiefen Krise der Staatsfinanzen befindlichen Euro-Staaten, gegen die abhängig Beschäftigten im privaten und öffentlichen Sektor dieser Nationen einzuleiten – obwohl nach Art. 125 des EU-Vertrags von Lissabon weder die EU noch ein Mitgliedstaat für die Verbindlichkeiten eines anderen Mitgliedstaates haftet. Der Art. 122

des EUV sieht aber die Möglichkeit eines finanziellen Beistands gegenüber einem Mitgliedstaat „aufgrund von Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen Ereignissen, die sich seiner Kontrolle entziehen“, vor. Letzteres wird explizit nicht angenommen: die Kontrolle des griechischen Staatshaushalts durch IMF, EZB und Euro-Gruppe setzt voraus, daß das Land für seine Situation selbst verantwortlich ist.

Ein solcher Beistand wurde zunächst Griechenland ‚gewährt‘. Das Land erhielt aufgrund eines Beschlusses der Finanzminister der Euro-Zone vom März 2010 *Kreditgarantien der anderen Euro-Staaten auf bilateraler Ebene sowie des IMF* in Höhe von 110 Mrd. €, die an die Erfüllung qualitativ und quantitativ genau definierte Auflagen gebunden sind, deren Einhaltung regelmäßig überprüft wird, bevor neue Kredittranchen ausgezahlt werden.

Am 9./10. Mai 2010 wurde vom Europäischen Rat die Einrichtung der *European Financial Stability Facility (EFSF)* als ‚Rettungsschirm‘ der *Euro-Staaten* für hochverschuldete EU-Staaten in Höhe von 440 Mrd. € beschlossen, um den Euro und damit die europäische Integration vor dem Zerfall zu schützen (siehe: Selbstdarstellung des EFSF in: www.efsf.europa.eu). Der ESFS wurde am 7.6.2010 als Zweckgesellschaft mit Sitz in Luxemburg gegründet; er ist bis 2013 befristet. Der EFSF wird von einem Direktorium geleitet, in dem jeder Mitgliedstaat mit einem Vertreter präsent ist. Entscheidungen sind nur einstimmig möglich. Am ESFS sind die Euro-Staaten mit unterschiedlicher Gewichtung (Deutschland: 27%), bemessen nach ihrem Anteil am Grundkapital der EZB, beteiligt. Das EFSF nimmt am Kapitalmarkt Anleihen auf, für die alle Euro-Staaten haften, und vergibt diese Gelder als Kredit an die Krisen-Staaten, die im Gegenzug neoliberalmonetaristisch definierte Auflagen zu erfüllen

haben. Darüber hinaus können hochverschuldete Staaten insgesamt 60 Mrd. € aus dem EU-Haushalt als Anleihe erhalten. Ergänzt wird dieser ‚Rettungsschirm‘ durch *Mittel des IMF* zur Kreditvergabe in Höhe von 250 Mrd. €, an denen die Euro-Staaten als IMF-Mitglieder gleichfalls nach ihrer IMF-Quote beteiligt sind. So beläuft sich der Gesamtbetrag des ‚Schirms‘ auf 750 Mrd. €. Da dieser Betrag bis zum Frühjahr 2011 jedoch nicht durch ausreichende Sicherheiten abgedeckt war, standen faktisch nur 250 Mrd. € zur Ausleihe zur Verfügung. – Im Januar 2011 diskutierten die EU-Finanzminister über Maßnahmen zur Erhöhung der tatsächlich verfügbaren Ausleihesummen; nach einem Beschluß des Europäischen Rates vom 25.3.2011 sollte bis zum Sommer 2011 durch weitere Kreditgarantien die Gesamtsumme des Kreditvolumens verfügbar sein (HA, 26./27.3.11, S.25). Im Juni 2011 endlich vereinbarten die Staaten der Euro-Gruppe eine Anhebung des EFSF von 440 Mrd. € auf 780 Mrd. €. Gegenwärtig (Oktober 2011) wird dieser Beschluß durch Abstimmungen in den nationalen Parlamenten legalisiert; in einer ersten Abstimmung hat aber das Parlament der Slowakei die Ausweitung des EFSF abgelehnt (Oktober 2011). – Der Vorteil dieser Kreditvergabe durch Euro-Staaten und IMF ist für die Krisenstaaten, daß sie aufgrund ihrer mangelhaften Bonität auf den Kapitalmärkten deutlich höhere Zinsen zahlen müßten als im Rahmen des ‚Rettungsschirms‘. Das erste Land, das eine Anleihe von EFSF und IMF erhielt, war im Januar 2011 Irland; Portugal folgte im Mai 2011, Griechenland im Juli 2011.

Auf der Sitzung des Europäischen Rates wurde am 16./17.12.2010 beschlossen, einen *dauerhaften EU-,Rettungsschirm‘* für zukünftige Krisen einzurichten. Entsprechend wurde der Art. 136 EUV mit einem Zusatz versehen, der nach der Ratifizierung durch die Mitgliedstaaten am 1.1.2013 in Kraft treten soll. Seit

März 2011 liegt der Entwurf eines Vertrags zur Gründung eines *Europäischen Stabilisierungs-Mechanismus (ESM)* vor, der den EFSF ersetzen soll (siehe: SZ, 17.5.11; 19.5.11, S.17); im Juni 2011 wurde über den Vertrag entschieden. Der ESM hat auf europäischer Ebene die Funktionen, die dem IMF global zukommen: Stützung von Euro-Staaten mit massiven Zahlungsbilanz-Schwierigkeiten, die mithin auf den Kapitalmärkten allenfalls zu hohen Zinssätzen Kredite aufnehmen könnten, durch Kredite, die an neoliberalmonetaristische Auflagen gebunden sind; zudem kann der ESM, anders als die EZB, von Krisenstaaten emittierte Staatsanleihen unmittelbar aufkaufen. So tritt der ESM neben die EZB als zweite Institution zur Stabilisierung des Euro; er hat aber, in Rücksicht auf Kredite an Krisenstaaten, erheblich größere Kompetenzen. Der ESM soll mit einem Grundkapital von 80 Mrd. € ausgestattet werden, innerhalb von fünf Jahren in fünf Raten von den Euro-Staaten nach ihrer Quote (Deutschland: 27%) einzuzahlen; weitere 420 Mrd. € stehen als Kreditgarantien bereit, indem die Mitgliedstaaten Anleihen aufnehmen und wieder ausgeben können. So sind insgesamt 500 Mrd. € zur Ausleihe verfügbar. Weitere 250 Mrd. € stellt der IMF als Kredite zur Verfügung. Eine Beteiligung der Gläubiger – Geschäftsbanken, Versicherungen, Investmentfonds – an Stützungsmaßnahmen in Form von Umschuldungen (Senkung der Zinssätze, längere Tilgungsfristen, Verzicht auf einen Teil der Forderungen) ist bislang nur als Möglichkeit vorgesehen – mit dem Argument, dies könne eine Krise des Bankensektors zur Folge haben, so daß die durch eine Krise der Staatsfinanzen abgewendete Finanzkrise von vorne begänne. Der Bankensektor aber wäre durch diese Bestimmungen – wie der deutsche Finanzminister Schäuble mehrfach kritisch betont hat (siehe SZ, 19.5.11, S.17) – von den Risiken der Ausleihe befreit, die vielmehr von den Steuerzahlern getragen würden.

Nun ist – spätestens im Herbst 2011 – der mögliche Krisenzyklus allgemein deutlich geworden: daß aus der Krise der Geschäftsbanken und des Versicherungssektors erst eine Wirtschaftskrise, dann eine Krise der Staatsfinanzen, endlich eine Währungskrise wurde, die schließlich – weil hochverschuldete Staaten weitgehend bei Geschäftsbanken verschuldet sind – in eine erneute Krise der Geschäftsbanken übergehen könnte. Die Finanzminister der Euro-Gruppe diskutieren daher, ob zumindest der ESM nicht nur zur Stützung hochverschuldeter Staaten eingesetzt werden sollte, sondern auch zur Stützung von Geschäftsbanken, die durch die Krise der Staatsfinanzen in Konkursgefahr geraten – mit der Folge eines neuen, dann kaum noch beherrschbaren Krisenzyklus.

Über den EFSF/IMF und den kommenden ESM hinaus leistet auch die EZB einen Beitrag zur Bewältigung der Finanzkrise hochverschuldeter Euro-Staaten, indem sie – die Bestimmungen des Art. 123 EUV umgehend – nicht unmittelbar, sondern mittelbar Schuldtitel der Krisenstaaten erwirbt und insofern einen Kredit gewährt. Der Euro wird durch diese Maßnahme destabilisiert: wegen der relativen Vergrößerung der Geldmenge einerseits, wegen des prekären Gegenwertes der emittierten Währung.

Die Auflagen, die mit der Vergabe aller Formen von Krediten verbunden sind, greifen tief in die Souveränität der Schuldnerstaaten ein und degradieren deren nationale Regierungen zu Erfüllungsgehilfen der Gläubigerstaaten und -Organisationen. Die Regierungen haben die äußerlich oktroyierten Auflagen mit der äußerlichen Gewalt der Polizei gegen die Bevölkerungen durchzusetzen. Alle Ideen von Volkssouveränität, demokratischer Willensbildung oder republikanischer Staatsverfassung erweisen sich als obsolet angesichts der Diktatur der neoliberalmonetarischen Imperative.

Griechenland galt als erstes Land, das am Rande der Zahlungsunfähigkeit steht und deshalb mit Krediten der reichen Euro-Staaten, der EU (EZB) und des IMF zu stützen ist, um den Euro zu stabilisieren und dadurch die Einheit des vergemeinschafteten Europa zu wahren. Gegen Griechenland vor allem wird seit 2010 die skizzierte *Kredit- und Krisenpolitik* implementiert.

Griechenland erhielt im Mai 2010 von den weiteren Euro-Staaten auf bilateraler Basis sowie vom IMF einen *Kredit von 110 Mrd. €*, rückzahlbar innerhalb von drei Jahren (bis 2013); der Kredit war mit der Erwartung verknüpft, daß das Land ab 2012 sich wieder auf den Kapitalmärkten mit Krediten versorgen könnte. Vergeben wurde der Kredit gegen Auflagen, die der IMF seit 1975 Entwicklungsländern – ohne ökonomischen Erfolg, aber mit höchst destruktiven sozialen Folgen – diktiert hatte. Der Kredit wird in einzelnen Tranchen ausbezahlt, jeweils nachdem überprüft wird, ob die verlangten Auflagen realisiert wurden.

Die *Auflagen*, an die der Griechenland-Kredit vom Mai 2010 gebunden war (und ist), sind: De-Regulierung der Ökonomie im allgemeinen; Privatisierung von Staats-Unternehmen (Verkauf an ausländisches Kapital); Absenkung sozialstaatlicher Leistungen; Reduktion der Gewerkschafts-Macht, der Arbeitnehmer-Rechte und der Löhne und Gehälter durch eine Liberalisierung des Arbeitsmarktes; Reduktion der Zahl der Staatsbediensteten durch eine Minimierung von Neueinstellungen oder gar einen Einstellungs-Stopp; Reduktion von Löhnen und Gehältern von Staatsbediensteten; Anhebung der täglichen, wöchentlichen und jährlichen Arbeitszeiten sowie der Lebensarbeitszeit; Senkung der Lohnstückkosten; Senkung der öffentlichen Neuverschuldung und der öffentlichen Gesamtverschuldung; Anhebung von Steuern der abhängig Beschäftigten (Mehrwert-

Steuer; Steuern auf Einkommen und Energieträger); Steuerentlastungen für Unternehmen. Durch diese Maßnahmen soll der Konsum (Löhne und Gehälter; Mehrwertsteuer) reduziert, die Produktion (Kapitalprofitabilität) gesteigert werden. Indes wird der Binnenmarkt restringiert und die Außenabhängigkeit erhöht: die Maßnahmen haben die Wirtschaftskrise in Griechenland deutlich verschärft, damit die Staatseinnahmen vermindert und die Schuldenkrise vertieft (FAZ, 9.5.11, S.2; HA, 14./15.5.11, S.6; Der Spiegel, 16.5.11, S.18-24). Die Krisenpolitik bewegt sich im *Zirkellauf der sich reproduzierenden und vertiefenden Krise*. Dieser Zirkel erweist sich als Spirale auch deshalb, weil die Kredite und die Kreditaufgaben auf dem Dogma beruhen: wenn Staat und Gewerkschaften die Ökonomie nicht länger ihren Regulierungen unterwerfen, wird die Krise überwunden. Somit sind in den Krediten und Auflagen keine Maßnahmen zur Modernisierung, zur Steigerung der internationalen Konkurrenzfähigkeit der griechischen Nationalökonomie enthalten. Die EU verweist nur darauf, daß Griechenland bereitstehende Mittel aus den relevanten europäischen Fonds noch nicht abgerufen hätte. Die einzige Hoffnung wäre: daß Unternehmen aus dem EU-Ausland Investitionen in Griechenland tätigen, also privatisierte Staatsunternehmen übernehmen – sie werden aber nur die Unternehmen kaufen, die noch profitabel sind. So ist diese Hoffnung sehr schwach.

Schon im Oktober 2010 zeichnete sich nicht nur ab, daß Griechenland diese Auflagen nicht würde erfüllen können, weil sie gegen die Bevölkerung kaum durchsetzbar sind; daß die Auflagen vor allem auch ökonomisch erfolglos bleiben würden. So überlegte der IMF-Direktor Strauss-Kahn im Oktober 2010 öffentlich, ob die Rückzahlungsfristen nicht verlängert werden müßten (SZ, 12.10.10, S.21). Seit dem Frühjahr 2011 scheint das Land, trotz der Kredite, einer *Zahlungsunfä-*

higkeit entgegenzugehen: auch 2011 wird die öffentliche Neuverschuldung über 7%, der öffentliche Schuldenstand bei 160% liegen. Angesichts dieser Entwicklung verzeichnen griechische Banken einen Abzug von privaten Geldanlagen ins Ausland (HA, 25.5.11, S.23). Fünf Maßnahmen wurden von den Gläubiger-Staaten sowie der EU und dem IMF diskutiert (siehe: FAZ, 9.5.11, S.1f.; HA, 14./15.5.11; SZ, 18.5.11, S.1, S.18; Der Spiegel, 16.5.11, S.18-24): *Austritt Griechenlands aus dem Euro* – die Folge wäre eine höchst instabile Drachme und eine Instabilität des Euro; *neue Kredite* der Gläubiger-Staaten, damit Griechenland seinem Schuldendienst nachkommen kann – obwohl dies nur die Verschuldung beschleunigen, die Gläubigerbanken von ihrem Risiko entlasten und dieses den ‚Steuerzahlern‘ übertragen würde, dachten EU-Finanzminister seit März/Mai 2011 über den Vorschlag nach, Griechenland weitere 120 Mrd. € mit schärferen Auflagen zu leihen; eine *Umschuldung* (Austausch alter gegen neue Anleihen mit verlängerten Laufzeiten und reduzierten Zinssätzen; eventuell ein partieller Schuldenerlaß) – das würde entweder die Gläubigerstaaten oder die Gläubigerbanken belasten und war deshalb in der EU höchst umstritten, aber scheinbar unvermeidlich; eine erhebliche *Entschuldung* zu Lasten der Gläubigerstaaten oder der Gläubigerbanken durch einen kreditfinanzierten Austausch fast wertloser griechischer Staatsanleihen gegen ‚gute‘ Staatsanleihen aus dem Euro-Raum – ein solcher Schuldenchnitt wurde zunehmend wahrscheinlich, wurde von den Euro-Staaten aber abgelehnt, weil dies mit der Gefahr einer neuerlichen Bankenkrise verbunden wäre; schließlich: Griechenlands Erklärung der *Zahlungsunfähigkeit* – eine Katastrophe für das Land, weil es dann kaum noch Kredite erhalten würde, eine Katastrophe für den Euro, weil dies als Beleg verstanden werden müßte, daß die Euro-Gruppe unfähig wäre, eine Währungs-krise zu lösen (siehe: SZ, 18.5.11, S.18; vgl.

HA, 19.5.11, S.2). Von diesen Maßnahmen sind einige weder rechtlich und institutionell vorgesehen, noch gibt es neuere Erfahrungen mit einem solchen Prozedere: vor allem ein Insolvenzverfahren Griechenlands bewegte sich auf völlig unbekanntem Terrain.

Angesichts dieser Alternativen, und weil Griechenland erkennbar auch über 2012 hinaus kaum Kapital auf den Kapitalmärkten wird aufnehmen können, haben sich die Gläubigerstaaten im Juni/Juli 2011 zu einem neuen Kredit entschlossen – gegen weiter verschärfte Auflagen. Der Kredit-Beschluß erfolgte durch den Europäischen Rat am 21.7.11. Der komplexe Beschluß umfaßt unter anderem folgende Maßnahmen (FR, 23./24.7.11, S. 4f.; FAZ, 24.7.11, S. 26): Griechenland erhält einen Kredit über 109 Mrd. € mit einer verlängerten Laufzeit von 15 Jahren und zum verringerten Zinssatz von 3,5%, davon zwei Drittel aus dem EFSF, ein Drittel vom IMF; die Geschäftsbanken und Versicherungen, bei denen Griechenland verschuldet ist, werden am ‚Hilfspaket‘ auf freiwilliger Basis beteiligt, indem sie 90% der von ihnen gehaltenen griechischen Staatsanleihen in Kredite mit einer Laufzeit von 30 Jahren und einem relativ sehr niedrigen Zinssatz von 4,5% umwandeln, dafür aber eine Garantie der Kredite durch den EFSF erhalten; Griechenland kauft, mit Unterstützung durch den EFSF, seine Staatsanleihen mit erheblichem Abschlag zurück. Offiziell leisten die Geschäftsbanken und Versicherungen einen Beitrag zum ‚Hilfspaket‘ im Umfang von etwa 50 Mrd. €, indem sie einen Abschlag von 21% auf den Nennwert der griechischen Staatsanleihen akzeptieren; faktisch jedoch gewinnen sie, weil die griechischen Staatsanleihen nur noch etwa 50% bis 60% ihres Nennwertes besitzen, und zudem durch die Intervention von EFSF und IMF nunmehr die Rückzahlung der griechischen Kredite zumindest zum erheblichen Teil garantiert ist. Das ‚Hilfspaket‘ enthält weiterhin keinerlei Maßnahmen zur Überwindung

der griechischen Wirtschaftskrise, die die Basis der Staats-Finanzkrise ist. Diese Enthaltsamkeit basiert offenbar auf der monetaristischen Annahme, die Auflagen zur Überwindung der Schuldenkrise leisteten eine deutliche Reduktion des Staatsinterventionismus, also eine Realisierung der prinzipiell krisenfreien „spontanen Ordnung“ der Ökonomie.

In *Irland* kündigte die Regierung des Premierministers Brian Cowen im November 2010 an, einen Kredit von 85 Mrd. € aus dem Euro-Rettungsfonds EFSF zu beantragen (siehe: HA, 25.11.10, S. 27); der Kredit mit einer Laufzeit von fünf Jahren wurde im Januar 2011 gewährt. Als Gegenleistung hat die Regierung folgende „Selbstverpflichtung“ verkündet: Steuererhöhungen (Mehrwertsteuer) in der Größe von insgesamt 5 Mrd. €; Streichung von 25.000 Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst; Senkung der Beamtenpensionen; Senkung des Mindestlohnes um 1 € auf 7,65 €; Abgabe von Trinkwasser nur gegen Bezahlung ab 2014; Einführung einer Immobiliensteuer; Einführung von Studiengebühren. Als Reaktion auf die Irland-Krise stiegen die Zinsen für irische Staatsanleihen an den internationalen Kapitalmärkten, so daß Irlands Schulden weiter wachsen.

Portugals Regierung des Ministerpräsidenten José Sócrates hatte immer wieder betont, die Krise ohne Kredite aus dem europäischen ‚Rettungsschirm‘ zu bewältigen und statt dessen die neoliberale Krisenpolitik selbstständig auszuführen. Im März 2011 jedoch trat die Regierung zurück, weil sie ihren – von der EU verlangten – ‚Sparhaushalt‘ im Parlament nicht durchbringen konnte. So galt Portugal als das nächste Land, das Mittel aus dem EFSF beantragen müsse (siehe: HA, 25.3.11, S.25). Der Fall ist am 16. Mai 2011 eingetreten (HA, 17.5.11, S.21; SZ, 17.5.11): Auf Beschluß der Finanzminister der Euro-Gruppe erhält Portugal einen Kredit

von 78 Mrd. € mit einer Laufzeit von drei Jahren, getragen jeweils zu einem Drittel vom EFSF, dem IMF und den EU-Haushaltsmitteln. Von dieser Summe fließen 12 Mrd. € in den portugiesischen Bankensektor. Im Gegenzug verpflichtet sich das Land zu einer Austeritätspolitik: die Neuverschuldung soll bis 2013 unter 3% fallen; Renten und Gehälter werden eingefroren; das Arbeitslosengeld wird gekürzt; die Mehrwertsteuer wird angehoben.

Spaniens Regierung des PSOE-Ministerpräsidenten Zapatero weist, wie zuvor die Portugals, alle Vermutungen über Kreditnahmen aus dem ‚Rettungsschirm‘ zurück und realisiert die bekannten Maßnahmen der neoliberalen Krisenpolitik. Die Wähler reagierten darauf bei den Kommunalwahlen vom 22.5.2011: indem die PSOE dramatische Stimmenverluste, die konservative PP (Partido Popular) aber erhebliche Stimmengewinne verbuchte. Die Regierung hat aus diesem Ergebnis und der ökonomischen Krise die Konsequenz gezogen und die Neuwahlen zum spanischen Parlament auf November 2011 vorverlegt. – Die Besonderheit der Schulden-Situation Spaniens besteht darin, daß das Land eine ‚Hypotheken-Kredit-Blase‘ aufgrund eines bis 2008 forcierten Baubooms (Straßen, Büro- und Wohngebäude) aufweist: einer erheblichen Kreditsumme stehen keinerlei Werte gegenüber.

Neuerdings, seit Juni/Juli 2011, gilt auch *Italien* als möglicher Kandidat für Unterstützungsmaßnahmen aus den EU-Rettungsfonds. Angesichts einer öffentlichen Gesamtverschuldung von 120,3% des BIP und einem Wirtschaftswachstum von nur 1% im Jahre 2011 (HA, 14.7.2011, S. 23) muß das Land für langfristige Staatsanleihen einen Zinssatz von 6,25%% zahlen. So hat die Regierung Berlusconi am 13.7.11 einen Haushaltsplan in beiden Kammern des Parlaments erfolgreich zur Abstimmung gestellt,

der Einsparungen von 79 Mrd. Euro bis 2014 vorsieht: durch Einfrierung der Gehälter im öffentlichen Dienst, Anhebung des Renteneintrittsalters, Gebührenerhöhungen im Gesundheitswesen, Privatisierungen bei Bahn, Post und Energieversorgungs-Unternehmen und Fernsehen (RAI). Im September 2011 wurde der ‚Sparhaushalt‘ korrigiert und sieht nun Einsparungen von 54 Mrd. € vor (HA, 9.9.11, S. 5). Das hat die Rating-Agenturen indes wenig überzeugt: die Bonität Italiens wurde im September/Oktober 2011 deutlich herabgestuft.

Die ursprüngliche globale, auch die EU-Staaten treffende Finanz- und Wirtschaftskrise, die in eine Krise der Staatsfinanzen transformiert wurde und nun staatliche Maßnahmen zur Sicherung des „Wettbewerbs-Kapitalismus“ (Friedman) fordert, hat zuletzt eine *Legitimationskrise* produziert, die die neoliberal organisierten Staaten – nach neoliberaler Logik – nur durch einen *politisch-ökonomischen Autoritarismus* bewältigen können: eben durch den von Hayek schon 1960 verlangten „Zwang“. Denn der Skandal ist unübersehbar: Der neoliberal-monetaristische Staat, der die Finanz- und Wirtschaftskrise abfederte, indem er sie in eine Krise der Staatsfinanzen transformierte, muß diese Krise nach geltendem Dogma durch eine De-Regulierung des Arbeitsmarktes und durch Reduktion des Sozialstaates überwinden: durch die Reduktion von Löhnen und Gehältern sowie von Renten und Lohnersatzleistungen (Arbeitslosenunterstützung, Sozialhilfe). Am Ende wird die ‚Bankenrettung‘ wesentlich durch die Bevölkerungsgruppen mit mittleren und unteren Einkommen finanziert – vor allem in den unmittelbaren Krisenstaaten, aber auch in den Gläubigerstaaten.

So wird in Griechenland, Irland, Portugal und Spanien die Durchsetzung des Modells eines Wettbewerbs-Kapitalismus mit monetaristi-

scher Geldordnung gegen die Masse der Bürger *erzwungen*. Deren Antwort ist seit dem Frühjahr 2010: *Massenproteste*, vor allem Proteste junger Erwachsener, in den unmittelbaren *Krisenstaaten* – von Athen und Lissabon über Dublin bis Madrid. Aber auch in der *Gläubigerstaaten* revoltieren Jugendliche und junge Erwachsene, meist ohne politisches Bewußtsein: so in den Vororten von Paris und – besonders massiv – in London sowie in anderen Städten Englands.

Schon im Frühjahr 2010 kam es gegen die von den Gläubigern *Griechenlands* verlangte, von der Regierung Papandreou gegen die Bevölkerung durchzusetzende Austeritätspolitik zu Straßenschlachten in Athen und weiteren griechischen Städten. Seitdem wird in Griechenland immer wieder gegen die ‚Sparmaßnahmen‘ der Regierung demonstriert und gestreikt: so am 24. 11.10, am 11.5.11, am 15.6.11 und 28./29.6.11 – im Juli, August, September, Oktober 2011.

In *Portugal* wurde am 24.11.10 der größte Generalstreik in der Geschichte des Landes mit einer Streikbeteiligung von 80% ausgeführt (HA, 25.11.10, S. 27): gegen die von der Regierung des Ministerpräsidenten José Socrates für 2011 geplanten Maßnahmen zur Sanierung des Staatshaushaltes, wie die Senkung der Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst und die Anhebung der Mehrwertsteuer.

In *Spanien* demonstrieren, angesichts der Arbeitslosenquote bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen von 45%, angesichts von insgesamt etwa fünf Millionen Arbeitslosen (Arbeitslosenrate: 21,3%) sowie einer Austeritätspolitik der Regierung Zapatero, seit dem 15.5.11 hunderttausende junger Leute auf den Plätzen der großen und kleinen Städte, öffentlich besonders wahrgenommen auf der Puerta del Sol im Zentrum Madrids. Die *Indignados* (Empörten) demonstrieren an den

Parteien und Gewerkschaften vorbei, unorganisiert, nur über twitter und facebook die Aktionen vorbereitend. Sie verkündeten die ‚Spanish Revolution‘ und forderten ‚Democracia Real‘. Allzu eklatant ist der Widerspruch einer Politik, die immer noch Demokratie proklamiert und dabei den Finanzsektor autoritär gegen die Bedürfnisse und Interessen der Bürger stützt. ‚Die Wirtschaft gesundet, das Volk hungert‘ – so lautete die Erkenntnis vor 30 Jahren in Brasilien und anderen Ländern Lateinamerikas angesichts einer neoliberalmonetaristischen Krisenpolitik. Diese Erfahrung ist nun auch in Spanien unabweisbar. Sie wird nicht nur als Erfahrung einer entfremdeten Ökonomie, sondern vor allem als Erfahrung einer entfremdeten Parteipolitik formuliert, die auch sehr gut ausgebildeten jungen Erwachsenen keinerlei Lebensperspektive zu bieten vermag: die großen spanischen Parteien, Sozialisten und Konservative, unterscheiden sich sowenig voneinander wie in den anderen Ländern der EU – die neoliberalen und monetaristischen Imperative der Ökonomie haben sich totalitär zu Imperativen der Politik verallgemeinert (vgl.: taz, 19.5.11, S.8; HA, 20.5.11, S.5; HA, 25.5.11, S.17).

In *Italien* wurde angesichts der geplanten Einsparungen im Staatshaushalt am 6.9.11 ein achtstündiger Generalstreik ausgerufen.

Der *Europäische Gewerkschaftsbund* rief zum 15.12.10 zu einem europaweiten Aktionstag gegen die neoliberale Krisenpolitik der EU-Regierungen auf. Denn *überall* – keineswegs nur in den Krisenstaaten Griechenland, Irland, Portugal, auch Spanien und Italien – wurde versucht, die Banken- und Wirtschaftskrise durch gewaltige ‚Rettungsschirme‘ und Konjunkturprogramme abzufedern und zu überwinden: mit der Folge einer Krise der Staatsfinanzen, die nach neoliberalmonetaristischem Dogma nur zu beheben ist

durch weitere Reduktion sozialstaatlicher Leistungen.

Die massivsten, allerdings politisch auch die bewußtlosesten, Aktionen in den EU-Staaten, die noch nicht von der Gefahr der Zahlungsunfähigkeit betroffen sind, waren im August 2011 in *England* zu verzeichnen – dem Land, das seit 1979 unter der Premierministerin Margaret Thatcher die neoliberalmonetaristische Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik zuerst und besonders radikal implementierte. Nachdem die Premierministerin im britischen Parlament, mit Hayeks *Verfassung der Freiheit* in der Hand, ausrief: „Das ist es, woran wir glauben!“, kündigte sie jede gesellschaftliche Integration und Solidarität mit dem Satz auf: „Ich kenne keine Gesellschaft mehr, ich kenne nur noch Individuen!“ Die politische Umsetzung folgte diesem „Glaubensbekenntnis“ (Hayek): angeleitet von ihrem Ratgeber Hayek war Thatcher besonders erfolgreich bei der Zerschlagung der britischen Gewerkschaften, kaum weniger erfolgreich bei der Zerschlagung des britischen ‚Wohlfahrtsstaates‘. Die Verarmung und Verelendung großer Bevölkerungsgruppen ging schon 1981 und 1985 zusammen mit gewalttätigen Protesten. Angesichts der gegenwärtigen Krise der Staatsfinanzen verfolgt die konservative Regierung unter dem Premierminister D. Cameron „die härteste Sparpolitik seit 30 Jahren“ in Form von Kürzungen der Sozialhilfe, des Kinder- und des Wohnungsgeldes, unter der die Bevölkerung in den industriell verfallenen Regionen Nord- und Mittel-Englands sowie in den Stadtvierteln mit einem hohen Bevölkerungsanteil von Menschen aus dem Commonwealth besonders leidet (HA, 9.8.11, S. 4); schon im Dezember 2010 protestierten Studierende vehement gegen eine erhebliche Anhebung der Studiengebühren. Wer den gesellschaftlichen Zusammenhalt liquidiert, muß sich über physische Gewalt gegen die ökonomischpolitische Gewalt nicht wundern; wer eine

Gesellschaft in einen sozialatomistischen, unpolitischen Zusammenhang verwandelt, kann nicht erstaunen, wenn Revolten die Form unpolitischer Gewalt annehmen. Nach der ungeklärten Tötung eines 29jährigen Familienvaters durch die Polizei in Tottenham am 4.8.11 und dem vergeblichen Versuch der Angehörigen und Freunde des Opfers, eine Aufklärung durch die Polizei zu erlangen, randalierten Jugendliche und junge Erwachsene zuerst am 6.8. 11 in Tottenham, eine Nacht später in weiteren Stadtvierteln Londons (HA, 10.8.11, S. 3), am 8.8.11 in Birmingham, Manchester und Liverpool. Die Gewalt wurde offenbar ohne politisches Bewußtsein ausgeübt: niemand erhob politische Forderungen, niemand klagte die ökonomische Gewalt an; auch andere Opfer der britischen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik wurden attackiert. Die Gewalt äußerte sich in Straßenschlachten mit der Polizei, im Niederbrennen von Autos, Bussen und Häusern, in Plünderungen, Raub und Mord. Die Gewalt der Randalierer wurde also weitgehend ohne solidarisches Bewußtsein verübt, aber sie war politisch-ökonomisch verursacht. Der Premierminister hingegen kannte nur Individuen, nannte die Täter „hirnlose Kriminelle“ und beriet sich mit seinem Nationalen Sicherheitsrat – ohne zu fragen, wie es möglich war, daß England einen Teil seiner Jugendlichen in so entschlossene Gewalttäter verwandeln konnte.

Diese Proteste in den hochverschuldeten Staaten der Euro-Gruppe und in Großbritannien stehen seit September/Oktober in einem globalen Kontext. Weltweit beginnen Proteste gegen eine neoliberale Politik, die mit Milliardensummen – Steuermitteln – den Finanzsektor stützt und analog Einsparungen im Bereich sozialstaatlicher Leistungen vornimmt: die den Widerspruch von Reichtum und Armut mit autoritären Maßnahmen massiv verschärft. Im September 2011 entwickelte sich in New York die Bewegung ‚Occupy

Wall Street‘, die jenen Widerspruch, vor allem die Macht der Geschäftsbanken anprangert. Am 15.10.11 wurde der New Yorker Protest weltweit aufgenommen: in etwa 1000 Städten, in 80 Ländern, von Australien bis Ost- und Südasien (Philippinen, Japan, Indonesien, Süd-Korea) bis Europa (Italien, Spanien, Portugal, Frankreich, England, Deutschland, Tschechien), von Afrika (Südafrika, Kenia) bis Amerika (Argentinien, Brasilien, Chile, Venezuela, USA, Kanada). In manchen Städten protestierten Hunderte (Tokio), in anderen (Rom) Hunderttausende.

In dieser *Krisis* erweisen sich die beiden zentralen Institutionen des „Wettbewerbs-Kapitalismus“: der neoliberal verfaßte Markt, gesteuert durch eine monetaristisch organisierte Gemeinschaftswährung, noch mehr als zuvor als Formen einer europäischen *Integration und Identität*, der eine tiefe *Desintegration* der Nationen und der sozialen Klassen immanent ist.

Die sich *vertiefende Desintegration zwischen den Staaten* der Euro-Gruppe manifestiert sich in der Krise der Staatsfinanzen, erscheinend in der Verschuldung und dem Zins-Abstand für langfristige Staatsanleihen zwischen den Euro-Ländern. Basis dieser Krise sind jene ungleichen ökonomischen Entwicklungen, die schon nach 1973 zum Scheitern der „Schlange im Tunnel“, nach 1979 zu permanenten Wechseländerungen innerhalb des EWS geführt hatten: die Nationen des kapitalistischen Fortschritts innerhalb der Euro-Gruppe sind in der Krise, die aufgrund der Entwertung überproduzierten Kapitals immer eine Steigerung der Produktivität erzwingt, nicht nur allgemein im Konkurrenzvorteil; sie sind nicht nur eher in der Lage, notwendige Rationalisierungs-Investitionen zu finanzieren; sie können auch ihre nationalökonomische Krise durch Überschüsse im Export von Waren und Dienstleistungen auf weniger konkurrenzfähige Nachbarn ver-

lagern, die durch die analogen Importüberschüsse in eine Schuldenkrise geraten müssen. Entfällt aber auf der Grundlage einer Gemeinschaftswährung das Instrument einer Auf- oder Abwertung von nationalen Währungen, so erscheinen die Schuldenstaaten als alleinige Verursacher ihrer Krise: als Überkonsumenten, gemessen an ihrer Produktionsleistung. Jene – von Keynes 1944 gegenüber der US-Außenwirtschaftspolitik kritisierte – Strategie der kapitalistisch fortgeschrittenen Staaten, ihre Krise durch Exportüberschüsse auf weniger konkurrenzfähige Nationalökonomen zu übertragen, macht indes unübersehbar, daß innerhalb der Euro-Zone die Schuldenstaaten zumindest nicht allein für die Schuldenkrise verantwortlich sind, sondern ebenso die Gläubigerstaaten – die, wie Deutschland, so stolz darauf sind, ihre Krise durch Exportüberschüsse so gut gemeistert zu haben. Der nun (Oktober 2011) reformierte *EU-Stabilitätspakt* erkennt das Problem immerhin an: der Pakt enthält jetzt die, auch gegen die Exportnationen gerichtete, Bestimmung, alle Euro-Staaten sollten ihre Zahlungsbilanzungleichgewichte reduzieren.

Die sich *vertiefende Desintegration zwischen den sozialen Klassen* manifestiert sich in der wachsenden Kluft privater Vermögen und Einkommen. In Deutschland stiegen 2010 die Kapitaleinkünfte um 19,5% und damit zehnmal stärker als die Löhne (1,9%) (HA, 3.12.10); die Einkommen von Geringverdienern sind – trotz deutlichen Wirtschaftswachstums – zwischen 2000 und 2011 um 22% gesunken; der Abstand der Bruttoeinkommen zwischen Hochqualifizierten und Geringqualifizierten ist von 1984=112,6% auf 2008=158,3% gestiegen (HA, 2.8.11, S. 21).

Diese gesellschaftlichen Widersprüche werden in gesellschaftlichen Kämpfen zwischen den Nationen und innerhalb der Nationen politisch manifest. Ob aber der Empörung eine die

Gesellschaften verändernde Potenz zukommt, ist zu bezweifeln: jede Kritik ist auch Produkt der Struktur des Kritisierten – die neoliberalmonetaristische Gesellschaft des irrationalen Allgemeinen aber bietet keinerlei „Aussicht auf eine neue Gesellschaft“ (Marx: MEW 26.3, 422) wie der klassische Liberalismus. In Spanien entschieden sich die Wähler bei den Kommunalwahlen vom 22.5.2011 deutlich für die konservative PP, die die neoliberale Krisenpolitik nach einem Wahlsieg auf nationaler Ebene (November 2011) eher verschärfen als abmildern dürfte. So wird in der Krise der Wettbewerbskampf um „Überleben“ oder „selektive Ausmerzungen“ (Hayek) vollzogen und entschieden: durch Konformismus, nicht durch Revolution.

In der *Krisis* erweist sich vor allem der *gesellschaftliche und geschichtliche Agnostizismus* von Neoliberalismus und Monetarismus: Negiert der neue Liberalismus die Möglichkeit einer Erkenntnis der gesellschaftlichen Totalität, muß er die Möglichkeit einer Systemkrise des Wettbewerbs-Kapitalismus negieren und diese entweder auf den alten Sozial- und Gewerkschaftsstaat zurückführen oder aus der „Gier“ der Wirtschaftsbürger erklären: der neoliberale Sozialatomismus impliziert auch eine atomistische Krisentheorie. Eine *Wirtschaftskrise* kann dann nur als Ausdruck einer zu geringen Leistungsbereitschaft (Arbeit) und einer zu geringen Anpassung an den Bedarf aufgefaßt werden. Eine *Schuldenkrise* kann dann nur als Ausdruck einer die eigene Produktion übersteigenden Konsumtion gelten: die Menschen oder Staaten haben ‚über ihre Verhältnisse gelebt‘ – sie waren, nach der Terminologie der verschiedenen ‚Faulheitsdebatten‘ in Deutschland, faul und gierig. Daher gilt es als selbstverständlich: daß die Staaten der Schuldenkrisen für diese Krisis selbst verantwortlich sind; daß vor allem *Griechenland* Fortschritte auf dem Wege einer De-Regulierung der Ökonomie durch weitere Privatisierungen, also durch Verkauf

profitabler Unternehmungen an das Auslandskapital leisten muß, daß Löhne und Gehälter zu senken sind, daß Arbeitnehmer-Rechte einzuschränken, daß der öffentliche Haushalt auszugleichen ist, daß sozialstaatliche Leistungen zu reduzieren sind, daß Massenentlassungen im öffentlichen Dienst vorzunehmen sind. Administrative Maßnahmen zur Modernisierung der griechischen Wirtschaft enthalten die Stützungsmaßnahmen nicht: das Vertrauen auf die krisenüberwindende Kraft des de-regulierten Marktes ist immer noch unerschütterlich. Wer indes die Reduktion der Massenkaufkraft fordert, muß sich über einen Verfall des Wirtschaftswachstums nicht wundern – also über eine sich *vertiefende Krise*. So haben die Stützungsmaßnahmen gegenüber Griechenland, wie im Herbst 2011 auch durch den IMF konstatiert werden mußte, nicht ein positives, sondern ein negatives Wachstum der griechischen Nationalökonomie zur Konsequenz: die Maßnahmen führen nicht zur Stützung des Binnenmarktes, sondern zu dessen deutlicher Einengung. Wo nichts verkauft werden kann, muß die Produktion eingestellt werden.

Nun kann ein idealtypisch gedachter, einsamer Robinson gar nicht ‚über seine Verhältnisse leben‘: er kann nicht mehr konsumieren als produzieren – es ist nur das vorhanden, was erarbeitet wurde. Konsumiert er mehr, muß ein zweiter Robinson existieren, der mehr produziert als konsumiert und den Überschuß abgibt: verschenkt oder verleiht. Diese alte, 1944 von J. M. Keynes (vgl. 1936, 314ff.; ähnlich: Müller-Armack 1946, 56f.) auf der Konferenz von Bretton Woods vorgelegene, triviale Erkenntnis: daß die Schuldenkrise eines Staates diesem nicht ausschließlich als Überkonsum anzulasten ist, ist dem Neoliberalismus systematisch verstellt. Trivial ist die Einsicht, weil die hohe Außenschuld eines Landes Index eines Importüberschusses ist, der seinerseits nur dem Exportüberschuß anderer Staaten entspricht. Das

Statistische Bundesamt hat im Juni 2011 mitgeteilt (siehe: HA, 23.6.11, Seite 12): 2010 reduzierten sich die deutschen Exporte nach Griechenland um 10,2% auf 5,9 Mrd. €; demgegenüber importierte Deutschland aus Griechenland Waren und Dienstleistungen im Werte von 2,0 Mrd. €. Die Differenz von 3,9 Mrd. € spiegelt die strukturelle Überlegenheit und den Handelsvorteil Deutschlands, das sich so stolz über seine wesentlich im Export liegende Fähigkeit zur Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise zeigt und dadurch Handelspartner in die Schuldenkrise zwingt; die Differenz spiegelt zugleich das transnationale Strukturproblem, das der griechischen Schuldenkrise zugrunde liegt. Die ungleiche Entwicklung fortgeschrittener und weniger entwickelter kapitalistischer Nationalökonomien hatte um 1980/90 schon das EWS in die Krise permanenter Wechselkurs-Korrekturen geführt; diese ungleiche Entwicklung erscheint nun neuerlich in der Krise – ohne daß die neoliberale Krisentheorie einen Begriff solcher Strukturkrisen besäße. Darum bewegt sich die neoliberal-monetaristische Krisenpolitik im Kreis der *Krisen-Reproduktion in Griechenland* und der Reproduktion der ökonomischen Dominanz von Nationalökonomien wie der Deutschlands.

Deutschlands finanzieller Beitrag zur *Stützung der griechischen Staatsfinanzen* ist somit anders zu begreifen: als eine – durch Steuergelder finanzierte – vermittelte *Subventionierung zunächst der deutschen Exportwirtschaft und dann der deutschen Geschäftsbanken*, die durch Kredite den griechischen Importüberschuß finanzieren. Die Auflagen, mit denen die Kredite an Griechenland verbunden sind, sollen die griechische Zahlungsfähigkeit als internationaler Schuldner wiederherstellen: die Griechen sollen mehr produzieren und weniger konsumieren – aber nicht so wenig, daß die deutsche Exportwirtschaft und die deutschen Banken keine Märkte mehr vorfinden. Damit

Deutschland jene staatliche Subventionierung, erscheinend als Beitrag zur Überwindung der Staatsfinanzkrise Griechenlands, finanzieren kann, muß – im neoliberalen Kontext – das aufgebrauchte Kapital im Bundeshaushalt eingespart werden: wesentlich im Bereich des Sozialstaates. Zugespißt formuliert: am Ende werden die deutsche Exportwirtschaft und die deutschen Geschäftsbanken *auf Kosten der Empfänger sozialstaatlicher Leistungen in Griechenland und Deutschland* subventioniert. Offenbar stößt diese Politik, die die Kapitalakkumulation stützt, indem sie die gesellschaftliche Armut verschärft, international zunehmend auf Empörung.

Die Würdigung des Euro und der EZB als Euro-Administration wegen ihres Beitrags zur europäischen Einheit, die einst explizit der Friedenssicherung verpflichtet war, ist ein Widerspruch gegen die – kritisch als Idee zu bewahrende – Vernunft-Utopie vom „ewigen Frieden“. Die Proteste gegen die Preisverleihung an Jean-Claude Trichet – insofern dieser die „Personifikation ökonomischer Kategorien“ ist (vgl. Marx: MEW 23, 16) – galten dieser Idee; sie waren indes lokal und auf periphere Gruppen begrenzt. Zudem schien der Protest, weil jene Vernunft-Utopien längst obsolet sind, ohnmächtig. Indes hat sich am 15. Oktober 2011, über jenen symbolischen Anlaß hinausgehend, eine nun in zahllosen Ländern und von hunderttausenden Menschen manifestierte Empörung gegen die neoliberale, die gesellschaftlichen Widersprüche verschärfende Krisenpolitik der Staaten und gegen die offenbare Macht der transnationalen Geschäftsbanken formiert. Auf welche kritischen Substanzen diese Empörung in der Epoche des neoliberalen gesellschaftlichen Analphabetismus, des geschichtlichen Irrationalismus und des proklamierten ‚Endes der Utopien‘ sich stützen kann, ist fraglich – es ist die entscheidende Frage, soll nicht der Protest sich im Symbolischen, in der kraftlo-

sen Anklage gegen das Finanzkapital und der bloßen Forderung nach einem ‚gerechten Kapitalismus‘ erschöpfen. Damit Empörung und Zorn sich zur aufgeklärten Einsicht und zur praktischen Kritik entwickeln können, bedarf es einer „Aussicht auf eine neue Gesellschaft“ (Marx: MEW 26.3, 422), die der neue Liberalismus gerade systematisch verstellt.

V. Zyklen: Die gegenwärtige Krise in historischer Perspektive

Die gegenwärtige Weltfinanz- und Weltwirtschaftskrise, deren Moment die Krise der Europäischen Union als Euro-Gemeinschaft ist, ist seit 2008/09 – nach dem Zusammenbruch von Lehman Brothers – immer wieder mit der Großen Depression von 1929/33 verglichen worden. Die Geschichte wiederholt sich nicht, aber unerledigte Probleme kehren zwanghaft wieder. Der Vergleich der Krisen ist unzutreffend, soweit eine unmittelbare Identität von Krisen-Ursachen und -Phänomenen bezeichnet werden soll; der Vergleich ist aber hilfreich, soweit auf Kontinuitäten aufmerksam zu machen ist. Ist eine politisch-ökonomische Systemkrise Ausdruck bewußtloser Verhältnisse, so muß jeder Versuch, diese Verhältnisse zu stabilisieren, die Krise in Form eines permanenten Krisenzyklus reproduzieren, der als Spirale beschrieben werden kann. Das Schwerwiegende der gegenwärtigen Krise erscheint in historischer Perspektive nicht nur darin, daß sie sich selbst seit 2007/08 in einem Kreise von Finanz- zu Finanzkrise, von Wirtschafts- zu Wirtschaftskrise bewegt; zudem darin, daß in diesen Kreisläufen ein älterer Kreislauf aufscheint, der auf 1929 und früher zurückverweist; endlich darin, daß – wie schon 1929 – die Krise ohne kritisches Potential ist.

Kapitalistische Systemkrisen existieren seit dem frühen 19. Jahrhundert. Zuvor, im me-

taphysischen Zeitalter von Merkantilismus und rationalem Absolutismus, sind die „Welt der Natur“ und die „gesellschaftliche Welt“ noch wesentlich eins in einem scheinbar von Gott geschaffenen und gelenkten Kosmos. So ist die erste Systemkrise jene von 1825; in einem Zyklus von teils fünf, regelmäßig aber zehn Jahren folgten in der Epoche des klassischen Liberalismus weitere Krisen: 1837, 1842, 1847, 1857, 1867, 1873-79. Herausragend sind die Krisen von 1847 und 1873, weil sie jeweils eine neue Phase des kapitalistischen Fortschritts einleiteten. Auch in späteren Stadien der kapitalistischen Politik-Ökonomie waren Krisen in regelmäßigen Abständen zu verzeichnen. Wiederum markierten besondere Krisen: die von 1929/33, 1975/81 und wohl auch die seit 2007, neue Stufen des kapitalistischen Fortschritts. Weil der Kapitalismus immer durch Krisen voranschritt, obwohl die herausragenden Krisen seinen Zusammenbruch anzukündigen schienen, sind Krisen immer das herausragende Thema der Klassiker der Wissenschaft der Politischen Ökonomie gewesen.

Die erste Systemkrise des Kapitalismus von 1825 wurde von *Simonde de Sismondi* 1827 als *Unterkonsumtionskrise* begriffen: Weil die Arbeiter systematisch mehr produzierten als konsumierten, müsse es zu einem Ungleichgewicht von Produktion und Konsumtion kommen: zu einer Krise. Allein ein intervenierender Staat könne das Gleichgewicht wiederherstellen. In einer Zeit, in der die Industrielle Revolution auf das Gebiet der Tuchwarenherstellung, der Konsumwaren, konzentriert war, war die Unterkonsumtionstheorie plausibel. – Auf die Krisen von 1847 und vor allem von 1867 und 1873, antwortete die Kritik der Politischen Ökonomie von *Karl Marx* mit der Theorie der *Überproduktionskrise*. Weil im Fortschritt der kapitalistischen Produktion, überlegte Marx, die Kapitalakkumulation entweder nur durch Lohnsenkungen und Arbeitszeitverlängerun-

gen (Produktion absoluten Mehrwerts), oder durch Steigerung der Arbeitsproduktivität durch erhöhten Einsatz von Maschinerie (Produktion relativen Mehrwerts) möglich sei, resultiere notwendig in zyklischen Abständen eine Überproduktion von Kapital. Denn durch den erhöhten Einsatz von Maschinerie würde der konstante Kapital-Bestandteil (Wert der Produktionsmittel) gegenüber dem variablen Teil (Wert der Arbeitskraft) permanent zunehmen, also der Wert produzierende Teil, relativ gesenkt, bis die Rate des Profits falle und der Akkumulationsprozeß an eine vorläufige Grenze stoße. Zumindest plausibel war diese Theorie der Überproduktionskrise in einer Zeit, in der die Industrielle Revolution sich auf den Sektor der Produktionsmittel konzentrierte. So ließ sich nicht nur die Krise von 1847 begreifen, die den Übergang zu jener zweiten Phase der Industriellen Revolution markiert, sondern vor allem die Krise von 1873/79, durch die der liberale Kapitalismus zum Imperialismus fortschritt.

Der Imperialismus löste das Problem überproduzierten Kapitals: durch Kapitalexport in vorkapitalistisch organisierte Weltregionen sowie durch einen Weltkrieg um Absatzmärkte für Kapital und Waren sowie um Rohstoffquellen. Der Erste Weltkrieg markierte das vorläufige, die Krise von 1929/33 das endgültige Ende dieses Akkumulationszyklus. *John Maynard Keynes* explizierte die Große Depression, in der Tradition Sismondis, als *Unterkonsumtionskrisis*. Keynes argumentiert: Je reicher eine Gesellschaft, je höher ihr Einkommen ist, desto niedriger ist relativ das konsumierte Einkommen. Da aber nur um der Konsumtion willen produziert wird, verfällt mit dem Verbrauch auch relativ die Investition. Die Konsequenz ist die Flucht in die Liquidität: in das prinzipiell knappe und daher im Wert stabile Gold-Geld. Also, schließt Keynes, muß der Staat durch Anleihen das gehortete Einkommen in investiertes Einkommen verwandeln, die Arbeitslosigkeit über-

winden und die Nachfrage steigern; Keynes denkt auch an eine Erweiterung wohlfahrtsstaatlicher Leistungen. Somit wäre die Ungleichheit von Armut und Reichtum ebenso überwunden wie die Notwendigkeit des kriegerischen Imperialismus, vor allem aber: die Krisis. Die New-Deal-Politik des US-Präsidenten *Franklin D. Roosevelt* hat dieses Instrumentarium noch durch die staatliche Förderung der Auslandsnachfrage ergänzt. Insgesamt wurde die vermeintliche Unterkonsumtionskrise des Kapitals abgefedert durch eine Staatsintervention, die die ökonomische Krise dauerhaft in eine Krise der Staatsfinanzen transformieren mußte. Die Große Depression von 1929/33, als Überproduktionskrise expliziert, wurde durch den Staatsinterventionismus in ein prekäres Gleichgewicht von Produktion und Konsumtion verwandelt mit der Folge der Verlagerung der ökonomischen Krise in eine potentielle Krise der Staatsfinanzen.

Die Krise von 1975/81, der der Zusammenbruch des Weltwährungssystems von Bretton-Woods voranging, hat diese Überproduktionskrise des Kapitals, erscheinend erst als Unterkonsumtionskrise und dann als Krise der Staatsfinanzen, erneut zur Erscheinung gebracht. Die Krise der Staatsfinanzen wiederum machte sich im Verfall des Gold-Dollar als Weltwährung, also im Ende des Weltwährungssystems von Bretton-Woods, geltend. Der Neoliberalismus, die Praxis der Theorien *Friedrich August von Hayeks* und *Milton Friedmans*, erkannte nun im Interventionsstaat nicht den Versuch, die ökonomische Systemkrise abzufedern, sondern die Ursache der Krise selbst: Indem der Staat sich verschulde, dadurch die Geldmenge ausdehne und einen inflationären Prozeß in Gang setze, zerstöre er den Marktmechanismus, so daß steigende Preise nicht länger steigende Güterknappheit bedeuteten; so werde produziert, wo keine Nachfrage sei – so werde eine Krise erst erzeugt. Also müsse die staatliche

Regulierung de-reguliert werden: also müsse Wettbewerb sein und ein ausgeglichener Staatshaushalt. – Als Antwort auf die Weltwirtschafts- und Weltwährungskrise von 1975/81 und unter der neuen neoliberalen Ordnung suchte das Kapital, den Akkumulationsprozeß fortzusetzen, indem es in einen immateriellen Sektor auswich: zuerst durch Technologie, die die endlichen Naturgrenzen aufzuheben schienen (Reaktortechnologie, Biotechnologie, Informationstechnologie), dann auch durch den Übergang zur weitgehend geistigen Arbeit des Dienstleistungssektors. Hier schien noch eine adäquate Rentabilität von Kapital-Investitionen möglich.

Indes zeigte dieser Fortschritt das fortdauernde Problem der Überproduktion von Kapital an, dessen Akkumulationsprozeß gegen ‚unendlich‘ strebt und dabei mit den endlichen Ressourcen der Welt kollidiert (Meadows et al. 1973). Der Zusammenbruch der New-Economy in den Jahren 2000/01 zeigte das Ende dieser Strategie an. Also wurde der Versuch eingeleitet, jenseits der materiellen Produktion im immateriellen Sektor des Finanzkapitals den Akkumulationsprozeß zu retten. Die 2007/08 beginnende Krise hat auch diesen Versuch zum vorläufigen Scheitern gebracht.

Diese knappe Überblick zur Geschichte *kapitalistischer Systemkrisen* belegt, daß die großen Krisen in ihrem Ablauf empirisch *Kreise von Krisen* darstellen: jeder Versuch, die Krisen auf kapitalistischem Boden zu lösen, hebt die Systemwidersprüche nur auf ein neues Niveau, bis die möglichen Lösungsstrategien immer unsichtbarer werden. Der Neoliberalismus nun proklamiert gar die Unmöglichkeit der Erkenntnis von Systemkrisen (vgl. Hayek 1974): die Aussichts- und Hoffnungslosigkeit, die dem Fortschritt der bürgerlichen Ökonomie immanent ist.

Ein erster Kreis ließe sich als *Kreislauf von Unterkonsumtionskrisen* beschreiben: Wie Sismondi die erste Systemkrise von 1825 als Unterkonsumtionskrise begriff, so Keynes die Krise von 1929/33. Die Krise von 1975/81 könnte analog als gescheiterter Versuch verstanden werden, staatsinterventionistisch den Konsum auf ein der Produktion entsprechendes Niveau zu heben. Auch die durch den Zusammenbruch des US-Bankensystems nach 2008 eingeleitete Krise könnte als eine Unterkonsumtionskrise aufgefaßt werden: als ein gescheiterter Versuch von Banken, durch Kredite eine Nachfrage (nach Immobilien) zu steigern. In der gegenwärtigen Euro-Krise, besonders in Rücksicht auf Griechenland, zeigen sich die Grenzen der fortgeschrittenen Nationalökonomien (Deutschland), über Exportüberschüsse die Krise zu meistern – die Länder der Importüberschüsse geraten an den Rand der Zahlungsunfähigkeit und müssen nun durch die Export-Nationen gestützt werden, die somit sich selbst stützen. Die Interpretation von kapitalistischen Systemkrisen ist aber fragwürdig, weil sie den kapitalistischen „Erwerbstauch“: Geld-Ware-Geld+Geldgewinn (M. Weber), mit einem „haushaltmäßigen Tausch“: Ware A-Geld-Ware B/Konsum identifiziert und den Kapitalismus in eine auf den Verbrauch gerichtete Produktionsweise verwandelt.

Ein anderer Kreis ließe sich als *Kreislauf von Überproduktionskrisen* beschreiben: Die Überproduktionskrise von 1873/79 wurde gelöst durch Kapitalexport und Krieg; die Überproduktionskrise von 1929/33 wurde gelöst durch staatliche Infrastrukturmaßnahmen, den Ausbau des Wohlfahrtsstaates und die staatliche Förderung des Absatzes auf dem Weltmarkt; die Überproduktionskrise von 1975/81 wurde gelöst durch neue Technologien, die die Natur aufzuheben schienen, und den Übergang zum immateriellen Dienstleistungssektor; die Krise der New Economy wurde gelöst durch neue Finanzprodukte der

Geschäftsbanken. Die Interpretation von kapitalistischen Systemkrisen als Überproduktionskrisen wird nicht nur dem Begriff des Kapitals als sich verwertendem Wert gerecht, sondern folgt auch der aufklärenden Frage nach der Produktion und Reproduktion des kapitalistischen Produktionsverhältnisses (Marx 1857/58, 362; vgl. ebd. 166f., 920).

Ein weiterer Kreis besteht im *Kreislauf von Krisen der Staatsfinanzen*. Die Krisis von 1975/81 bestand in der Krise der Staatsfinanzen der USA aufgrund der defizitären Finanzierung der Inlands- und Auslandsnachfrage; die Krisis von 2010/11ff. besteht in der Übertragung der Krise des Finanzsektors und der Wirtschaft auf den Staat (USA; Euro-Staaten), bis dieser selbst in eine Finanzkrise gerät; weniger verschuldete Staaten (z.B. Deutschland) übernehmen endlich die Finanzkrise hochverschuldeter Staaten (z.B. Griechenland).

Ein weiterer Kreis besteht im *Kreislauf von Welt-Währungskrisen*. Die Krise von 1975/81 bestand in einer Krise der US-Ökonomie und in einer Krise der US-Staatsfinanzen mit der Folge eines Verfalls des US-Dollar als Weltgeld. Die Krise seit 2007/08 besteht zunehmend in einer Krise der Weltwährungen: des Dollar, mehr noch des Euro.

Diese Kreisläufe nun existieren, empirisch, nicht parallel, sondern sind durcheinander vermittelt und ineinander verschlungen, etwa so: eine Überproduktionskrise von Kapital, das nicht länger verwertbar ist, erscheint als Unterkonsumtionskrisis; Geschäftsbanken vergeben Kredite an Privatkunden und Unternehmen, die Waren nachfragen, ohne über Liquidität zu verfügen, und kompensieren so die Unterkonsumtionskrisis, geraten dabei aber selbst in eine mögliche Krisis, indem sie potentiell wertlose Schuldentitel halten; der Staat interveniert, durch Ausbau des Sozialstaats, indem er sich verschuldet und die

Nachfrage auf dem Binnen- ebenso wie auf dem Weltmarkt stützt – dadurch wird die Krisis der Überproduktion und Unterkonsumtion in eine Krisis der Staatsfinanzen transformiert; der Staat verschuldet sich ebenso wie die Privaten bei den Geschäftsbanken, so daß die Krise der Privaten und der Staaten sich zur Krise des Finanzsystems erweitert; aufgrund der Krise des Finanzsystems kommt es zur mangelhaften Kreditversorgung der Wirtschaft: zur Wirtschaftskrise; fortgeschrittene, hoch konkurrenzfähige Interventionen transformieren die Krise des Finanzsystems und der Wirtschaft in eine gehobene Krise der Staatsfinanzen: indem sie die Titel privater Gläubiger in öffentliche Schuldentitel verwandeln, indem sie dadurch die Krise des Finanzsystems und die Wirtschaftskrise unmittelbar durch eine Krise der Staatsfinanzen verwandeln; wenig konkurrenzfähige Staaten geraten durch diese Krise der Staatsfinanzen an den Rand der Zahlungsunfähigkeit und müssen von hoch konkurrenzfähigen Staaten durch Kredite gestützt werden, so daß auch diese konkurrenzfähigen Staaten in eine Krise der Staatsfinanzen geraten; da die nun allgemein mehr oder weniger verschuldeten Staaten bei Geschäftsbanken verschuldet sind, resultiert: eine Krise des Finanzsystems, das jetzt statt wertloser Schuldentitel Privater wertlose Staatsanleihen hält; eine Wirtschaftskrise; eine Unterkonsumtionskrise; eine Überproduktionskrise; und so fort. Wo die Krisenzyklen an ihre Grenzen stoßen, ist aber empirisch nicht zu bestimmen: Häuser brechen zusammen, Ökonomien nicht.

Diese *Kreisläufe* belegen, daß – trotz aller historischen Differenzen von Krisen-Ursachen und Krisen-Verläufen – eine Kontinuität der kapitalistischen Systemkrisen besteht, die nunmehr in einer scheinbaren, vom Neoliberalismus offiziell verkündeten *Ausweglosigkeit* resultiert: in der proklamierten Unerkennbarkeit von Systemkrisen, so daß auch Auswege

allenfalls über „Versuch und Irrtum“ (Popper) gefunden werden könnten. Der neoliberale Weg, Krisenursachen zu individualisieren: als individuellen Überkonsum zu brandmarken, ist nur der Ausdruck eines gesellschaftlichen Analphabetismus. System-Krisen ohne Ausweg aber produzieren nichts als *ohnmächtigen Zorn, Autoritarismus, Konformismus und einen allgemeinen bellum omnium contra omnes*.

VI. Nachwort

Wenn, nach den realitätsgerechten Worten der Bundeskanzlerin Merkel, der Euro nicht nur „unsere Währung“ ist, sondern das „Europa von heute“: wenn die europäische Identität im Euro institutionalisiert ist und dieser eine bestimmte Gesellschafts-, Wirtschafts- und Währungsordnung impliziert, dann wird an der gegenwärtigen Krise diese kollektive Identität nicht nur als repressive, autoritäre Einheit deutlich. Es wird vor allem an der Griechenland-Krise, an der Behandlung der Schuldenkrise Griechenlands, manifest, wie sehr das EU-Europa erinnerungslos die geschichtliche Identität Europas auf den Müllhaufen geworfen hat. Die einfachste Überlegung hätte sich aufdrängen müssen: daß Europa seinen Namen, seine Identität, seine Kultur, seine politischen und gesellschaftlichen Ideen, seine Philosophie und Wissenschaft, wesentlich Griechenland verdankt – daß Europa in einer tiefen Schuld gegenüber Hellas steht. Europa: das ist eine berühmte Figur der griechischen Mythologie. Vielleicht wäre, über jener moralischen und monetär kaum bezifferbaren Schuld, auch die Überlegung naheliegend gewesen: Welche Werte einst europäische Archäologen aus Griechenland abtransportierten? Welche Werte etwa das nationalsozialistische Deutschland zwischen 1941 und 1944 in Griechenland zerstörte? Was wäre, wenn Griechenland

diese Schulden berechnete? Wenn Griechenland daran erinnerte, was Europa Hellas verdankt? Die Europäische Union könnte in der Krise ihrer Identität inne werden – wenn sie nicht dem neoliberalen gesellschaftsgeschichtlichen Analphabetismus der Gegenauflärung verfallen wäre. Hellas aber, in der die

Demokratie entwickelt wurde, wird zur Entwürdigung gezwungen: das Parlament in Athen soll beschließen, was EU und IMF diktierten – trotz aller Massenproteste. Das ist das Demokratie-Verständnis der EU, das ist das Demokratieverständnis von neoliberaler Theorie und Praxis.

Literaturverzeichnis

Adorno, Theodor W. (1944/47): *Minima Moralia. Reflexionen aus dem beschädigten Leben.* Frankfurt 1971

Aristoteles: *Nikomachische Ethik.* Hamburg, 3. Aufl. 1973

Bundesregierung (3.9.1993): *Bericht der Bundesregierung zur Zukunftssicherung des Standortes Deutschland.* Bonn, 3.9.1993

EUV: *Vertrag über die Europäische Union (EUV) – Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) – Grundrechtecharta.* Hg.: D.-E. Khan. 2. Auflage, München 2010

Eucken, Walter (1952): *Grundsätze der Wirtschaftspolitik.* Hg.: E. Eucken-Erdsiek, K. P. Hensel. Gekürzte Ausgabe. Hamburg 1959

Friedman, Milton (1962): *Kapitalismus und Freiheit.* Zuerst: Chicago 1962. Deutsch: Neuauflage, Frankfurt 2002

Friedman, M. (1976): *Inflation und Arbeitslosigkeit.* Nobel-Lesung vom 13.12.1976. In: Recktenwald, Hg.: 1989, 494 ff.

Hayek, Friedrich August von (1944): *Der Weg zur Knechtschaft.* 2. Auflage, München 1971

Hayek, F. A. von (1948): *Individualismus und wirtschaftliche Ordnung.* Zuerst: Chicago und London 1948. Deutsch: Erlenbach-Zürich 1952

Hayek, F. A. von (1952): *Mißbrauch und Verfall der Vernunft. Ein Fragment.* Tübingen, 3. Aufl. 2004

Hayek, F. A. von (1960): *Die Verfassung der Freiheit.* Tübingen, 3. Auflage 1991

Hayek, F. A. von (1968): *Der Wettbewerb als Entdeckungsverfahren.* Kiel 1968

Hayek, F. A. von (1974): *Die Vortäuschung von Wissen.* Nobel-Lesung vom 11. Dezember 1974. In: Recktenwald, Hg.: 1989, 384 ff.

Hayek, F. A. von (1980): *Recht, Gesetzgebung und Freiheit. Band 1: Regeln und Ordnung.* Zuerst: London und Chicago 1973. Deutsch: Landsberg 1980, 2. Aufl. 1986

Hegel, G. W. F. (Bd. 12): *Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte. Werke Band 12.* Frankfurt 1970

Hobbes, Thomas (1651): *Leviathan.* Hg.: H. Klenner. Hamburg 1996

- Horkheimer, Max, et al. (1936): Studien über Autorität und Familie. Paris 1936
- Horkheimer, M. (1939): Die Juden und Europa. In: ZfS, Jg. 8, Paris 1939, 115ff.
- Horkheimer, M. (1942): Autoritärer Staat. In: Gesellschaft im Übergang. Frankfurt 1972, 13 – 35
- Horkheimer, M. (1946): Zur Kritik der instrumentellen Vernunft. Hg.: A. Schmidt. Frankfurt 1974
- Horkheimer, M. (1974): Notizen 1950 bis 1969 und Dämmerung. Notizen in Deutschland. Frankfurt 1974
- Horkheimer, M. (1977): Kritische Theorie. Eine Dokumentation. Hg.: A. Schmidt. Studienausgabe, Frankfurt 1977
- Horkheimer, M. / Theodor W. Adorno (1944/47): Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente. Amsterdam 1968
- Kant, Immanuel (Bd. XI): Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf. In: Werke Bd. XI. Hg.: W. Weischedel. Frankfurt 1974, 191ff.
- Keynes, John Maynard (1930): Vom Gelde. Berlin, unveränderter Nachdruck 1955
- Keynes, J. M. (1936): Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes. Berlin 1936
- Marx, Karl (1857/58): Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. Zuerst: Moskau 1939/41. Nachdruck: Frankfurt, Wien, ohne Jahr
- Marx, K. / Friedrich Engels (MEW): Werke. Berlin, seit 1956
- Marx, K. (MEW 1): Das philosophische Manifest der historischen Rechtsschule (1842). In: MEW 1, 78 – 85
- Marx, K. (MEW 23): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band. Zuerst: 1867 MEW 23
- Marx, K. (MEW 26.1, 26.2, 26.3): Theorien über den Mehrwert (1862/63). MEW 26.1 bis 26.3
- Marx, K. / F. Engels (MEW 3): Die deutsche Ideologie (1845/46). MEW 3
- Menger, Carl (Werke I, 1871): Grundsätze der Volkswirtschaftslehre. Tübingen, 2. Auflage 1968
- Menger, C. (Werke II, 1883): Untersuchungen über die Methode der Socialwissenschaften und der Politischen Oekonomie insbesondere. Werke II. Tübingen 1969
- Müller-Armack, Alfred (1946): Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft. In: Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik. Freiburg 1966, 19ff.

Myrdal, Gunnar (1932): Das politische Element in der nationalökonomischen Doktrinbildung. Zuerst: Berlin 1932. Nachdruck: Bonn-Bad Godesberg, o.J.

Platon: Phaidon. In: Werke Bd. III. Hg.: W. F. Otto et al., Hamburg 1957, 7-66

Plehwe, Dieter / Bernhard Walpen (1999): Wissenschaftliche und wissenschaftspolitische Produktionsweisen im Neoliberalismus. In: Prokla. Heft 115, Juni 1999, 203ff.

Popper, Karl Raimund (1984): Ausgangspunkte. Hamburg, 3. Aufl. 1984

Recktenwald, Horst Claus (Hg.) (1989): Die Nobelpreisträger 1969 – 1988. Kritisches zum Werden neuer Tradition. Selbstportrait – Lesung – Auswahl – Kritik. 2 Bände (durchgängig paginiert). Düsseldorf 1989

Ricardo, David (1821): Über die Grundsätze der politischen Ökonomie und der Besteuerung. Berlin, DDR, 1979

Smith, Adam (1776): Eine Untersuchung über Wesen und Natur des Wohlstands der Nationen. Berlin 1975, 1976, 1984

Stapelfeldt, Gerhard (1979): Das Problem des Anfangs in der Kritik der Politischen Ökonomie. Frankfurt, New York 1979. Zweite Auflage, Hamburg 2009

Stapelfeldt, G. (2009a): Kapitalistische Weltökonomie. Vom Staatsinterventionismus zum Neoliberalismus. Erstes Buch. Hamburg 2009

Stapelfeldt, G. (2009b): Kapitalistische Weltökonomie. Vom Staatsinterventionismus zum Neoliberalismus. Zweites Buch. Hamburg 2009

Vico, Giambattista (1725): Die neue Wissenschaft von der gemeinschaftlichen Natur der Nationen. Auswahl von F. Fellmann. Frankfurt 1981

Weber, Max (WL): Wissenschaftslehre. 3. Auflage, Tübingen 1968

Weber, M. (PS): Gesammelte Politische Schriften (1895 – 1919). Hg.: J. Winckelmann. Tübingen, 5. Auflage 1988

Zeitungen und Zeitschriften:

FAZ: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt

FR: Frankfurter Rundschau, Frankfurt am Main

HA: Hamburger Abendblatt, Hamburg

Spiegel: Der Spiegel, Hamburg

SZ: Süddeutsche Zeitung, München

taz: die tageszeitung. Berlin

Gerhard Stapelfeldt lehrte von 1979 bis 2009, seit 2004 als Professor, am Institut für Soziologie der Universität Hamburg.

Letzte Veröffentlichungen:

Kapitalistische Weltökonomie. Vom Staatsinterventionismus zum Neoliberalismus. Kritik der ökonomischen Rationalität, Vierter Band, erstes und zweites Buch. Hamburg 2009.

Neoliberalismus – Autoritarismus – Strukturelle Gewalt. Aufsätze und Vorträge zur Kritik der ökonomischen Rationalität. Hamburg 2010